

Bezugspreis. Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2. Reichsmark voraus zahlbar.

Der "Vorwärts" mit der illustrierten Sonntagsbeilage "Welt und Zeit" sowie den Beilagen "Unterhaltung und Wissen", "Aus der Kassenkammer", "Der Kinderfreund", "Jugend-Vorwärts" und "Wort in die Arbeiterwelt" erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Nonpareille-Zeile 10 Pfennig. Reklamazeile 6.- Reichsmark. "Kleiner Anzeiger" das Setzdrucke Wort 25 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptredaktionsbüro...

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Sonntag, den 21. August 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Fortsetzung des Bergarbeiterkampfes.

Appell an die englische Regierung.

London, 20. August. (CP.) Der Vollzugsausschuss der Bergarbeiter beschloß, der Regierung einen ausführlichen Bericht über die gestrigen Verhandlungen mit den Grubenbesitzern zu überreichen.

Aufruf des Generalrats.

London, 20. August. (BIB.) Der Generalrat des Kongresses der Gewerkschaften und der Bergarbeiterverband veröffentlichte zusammen einen Aufruf für Selbstmüllungen zur Unterstützung der streikenden Bergarbeiter.

Ein britischer Horthy-Gehilfe.

Provisionsnehmer beim Gesandtschaftsgeldraub.

In einer Verhandlung des Londoner Bankrott-Gerichts vom 21. Juli 1926 gegen Ellis Ashmead Bartlett, Journalist und gewesenes konservatives Unterhausmitglied für Hammermith-London, kam es zu Feststellungen, die wieder einmal Licht auf die inneren Vorgänge in der ungarischen Gegenrevolution nach der Räterepublik von 1919 werfen.

Völkerbundsmittglieder im Kriegszustand.

Polen und Litauen.

Warschau, 20. August. (Eigener Drahtbericht.) Außenminister Jalewki erklärte zur polnisch-litauischen Frage dem Vertreter einer Wiener Zeitung: "Die vorige litauische Regierung hat sich in ihrer Politik lediglich von nationalistischen Gefühlen leiten lassen."

Die Polonisierung Wilnas.

Wilna, 20. August. (OE.) Die polnische Regierung will Arbeitslose aus Lodz im Wilnagebiet ansiedeln. Sowohl die Wehrkräften als auch die Litauer des Gebiets sind dadurch sehr erregt; sie fordern alle etwaigen Landanweisungen für die einheimischen Kleinbauern.

Polens neue Herrschaft.

Warschau, 20. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Organisation des Generalinspektors der Armee, mit der Marschall Pilsudski sich in den letzten Tagen befaßte, wird demnächst abgeschlossen

werden. Der neuen Institution werden 12 Generale angehören, die sich am 23. d. M. in Warschau bei Pilsudski einfinden sollen.

Frankreich liefert Bombenflugzeuge.

Basel, 20. August. (Schweizerische Depeschagentur.) Im Baseler Flughafen landete ein außerordentlich großes Bombenflugzeug, das gleichzeitig mit einem anderen gleichen Apparat von Paris nach Warschau fliegt.

Amerika und das Weltfriedensgericht.

Völkerbundsberatung der Vorbehalte.

Genf, 20. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Regierung von Venezuela hat ihre Teilnahme zu der am 1. September beginnenden Konferenz zur Beratung der Vorbehalte der Vereinigten Staaten für ihren Beitritt zum Internationalen Gerichtshof angemeldet.

Französische Parteikritik.

Schreiben der Opposition an die Parteileitung.

Paris, 20. August. (Eigener Drahtbericht.) Eine Anzahl Abgeordneter und sonstige Führer der sozialistischen Partei haben an die permanente Verwaltungskommission der Partei ein Schreiben gerichtet, in dem sie zu verschiedenen Problemen, die gegenwärtig die Partei bewegen, Stellung nehmen.

Ein Anti-Teuerungserlass.

Paris, 20. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Ministerrat einigte sich am Freitag auf eine Reihe von nichtsagenden Dekreten, die ganz gut gemeint sein mögen, aber eine starke Raretät dem Teuerungserlass gegenüber verzeihen.

In einer langen Erläuterung dieser Beschlüsse wird ausgeführt, daß sie nur den ersten Teil der Teuerungspolitik der Regierung umfassen und bald ein zweiter folgen soll, der sich mit der "Organisation der nationalen Produktion und der besseren Ausbeutung der nationalen und kolonialen Hilfsquellen Frankreichs" befaßt.

Der Frank fällt wieder.

Paris, 20. August. (II.) Auf die Mitteilungen aus der Umgebung des Ministerpräsidenten, daß eine Zusammenkunft zwischen Poincaré und Mellon nicht stattfinden werde, haben heute die Devisenkurse wieder angezogen.

Der Separatismus.

Der bayerischen Dunkelheiten zweiter Teil.

Beim Reichsgericht befinden sich umfangreiche Aktenbände, welche die Grundlage für ein Hochverratsverfahren abgeben sollten, das niemals zur Verhandlung kommen wird.

Vier Hauptzentren dieses Treibens sind leicht erkennlich: München, Wiesbaden, Hannover und Marburg, wobei letztere die harmloseste Zentrale ist. Sie erstrebte die Schaffung eines selbständigen Hessen unter Loslösung preussischer und bayerischer Gebiete.

Es ist geradezu erstaunlich, welche Geldmittel der Bewegung allerorts zur Verfügung standen, wie aus der umfangreichen Agitation und aus den Presseunternehmungen der Separatisten hervorgeht. Konnte sie sich doch sogar ein groß ausgezogenes Telegraphen- und Korrespondenzbureau in München leisten.

Die separatistischen Zentren standen untereinander in Verbindung, unterstützten sich auch gegenseitig in der Agitation. So wirkte Dr. Heim für Dornen, der sich mit dem Grafen Boihmer erst etwas überwarf, als die gräflichen Spelzenrechnung mit Rücksicht auf die "Standesgemäßheit" des hochgeborenen Herrn zu hoch wurden.

Rum wäre man versucht, einzuwenden, daß es sich hier um Betrachtungen handle, die nur historischen Wert besitzen. Ein solcher Einwand ist aber nur bis zu einem gewissen Grade stichhaltig, denn diese staatsverfälschenden Bestrebungen sind noch lange nicht verschwunden; ihre wirklich erkennbare Spitze richtet sich eben gegen diesen Staat, gegen die Republik.

Eine schwere Aufgabe hat der Untersuchungsausschuss in Bayern zu lösen; er wird den Kreis der Vernehmungen

welcher dehnen müssen, wenn er dieser seiner Aufgabe gerecht werden will. Es wurde versucht, Wege zu weisen, denn, wenn auch das Verfahren vor dem Untersuchungsausschuss dem gerichtlichen Verfahren angeglichen ist, so darf er sich doch nicht nur auf eine Nachprüfung oder auf eine Ergänzung des gerichtlichen Aktenmaterials beschränken. Das Gericht hat sich mit der juristisch-kriminellen Seite zu beschäftigen; nach der Richtung liegt eine res judicata vor. Der Untersuchungsausschuss hat sich mit der politischen Seite zu beschäftigen; seine Aufgabe ist es, die Zusammenhänge aufzuklären, die tiefsten Ursachen, die treibenden Kräfte zu erschließen. Seine Tätigkeit dient, wenn sie Sinn haben soll, der Staats-erhaltung; deshalb ist jeder Versuch, diese Tätigkeit zu stören, selbst wenn er von bayerischen Justizminister unternommen wird, staatsverneinend. Der Regierungspräsident des bayerischen Regierungsbezirks Unterfranken hat sich bei Ausbruch der Revolution mit einem Aufruf an die Bevölkerung gewandt, in dem er unter Hinweis auf den Umsturz kategorisch erklärte: „So etwas machen wir nicht mit.“ Sie machten es doch mit, mühten es mitmachen. Das Bayerns Justizminister auch jetzt noch nicht mitmachen will, ist von seinem Standpunkt aus verständlich —, aber sie müssen mitmachen, wenn nicht die Magdeburger und die Münchener Justiz die deutsche Justiz und Recht und Gerechtigkeit überhaupt um den letzten Rest von Ansehen bringen sollen.

Gegen politische Justiz.

Kampf des „Bayerischen Kuriers“ gegen bayerische Tendenzurteile.

Der „Bayerische Kurier“, das Münchener Organ der Bayerischen Volkspartei, legt seine Kritik an ausgesprochenen Tendenzurteilen bayerischer Gerichte fort. In diesen Tagen wurde ein Münchener Kammerjäger, der aus Unvorsichtigkeit eine schwere Explosion verursacht hatte, verurteilt. Dem Verurteilten waren als straferschwerende Umstände in der Urteilsbegründung der hohe Grad von Fahrlässigkeit und die schweren Folgen des Unglücks angedreht worden. Der Antrag auf Bewährungsfrist wurde abgelehnt, da der Vollzug der Strafe im öffentlichen Interesse liege. Hierzu bemerkt nun der „Bayerische Kurier“:

„Einige Jahre vorher, im November 1923, ist in München eine andere „Explosion“ erfolgt, bei der der Vorsatz und die Verstocktheit des Täters außer allem Zweifel stand und bei der die Folgen noch ungleich schwerwiegender waren. Damals war weder von den fürchtbaren Folgen des Unglücks, noch von der Verantwortlichkeit des Tuns, noch von dem öffentlichen Interesse am Vollzug der Strafe im Urteil die Rede und die Bewährungsfrist wurde ohne weiteres zugewilligt. Bleibt nicht objektiv und der sachlichen Tragweite nach in der heute gefällten gerichtlichen Entscheidung eine Kritik an der damaligen, wie sie vernichtender kaum gedacht werden kann?“

Unverkennbar steht hinter der Kritik, die der „Bayerische Kurier“, das Organ der stärksten Regierungspartei in Bayern übt, die Absicht, Distanz zu nehmen zu tendenziösen Handlungen der bayerischen Justiz aus den Zeiten der Einwohnerwehr und der Hiltzerlei, die einfach nicht zu verteidigen sind.

Diese Handlungen aber, von denen das bayerische Organ abrückt, geschahen unter einem Regime, unter dem, wie noch heute, Herr Dr. Gärtner bayerischer Justizminister war.

Beamter und Hugenberg-Redakteur.

Die Personalunion des Herrn Kufmann.

Herr Kufmann, bekannt als Staatsanwalt aus der Voruntersuchung gegen Barmat, ist apocriert. In seiner Beamteneigenschaft ist er zwar noch immer Assessor, als Privatmann ist er Angestellter des Hugenberg.

Verlags in der Redaktion des „Lokal-Anzeiger“ geworden. Die Öffentlichkeit kann seine kommenden geistigen Erleuchtungen unter dem Namen „Walter“ lesen. Die Führung von Kriegsnamen hat er von Herrn Kugel-Knoll gelernt.

Die Tätigkeit des Herrn Kufmann in seiner neuen Position begann mit einem längeren Urlaub unter dem Stichwort „Ermittlungsreise“.

Die Personalunion zwischen Staatsbeamten und Angestellten der Hugenberg-Presse in der Person des Herrn Kufmann ist sehr interessant. Sie zeigt ganz deutlich die Zusammenhänge zwischen der Presse des Oberputzischen Hugenberg und gewissen Justizkreisen. Das Justizministerium wird sich mit dieser Personalunion befassen müssen.

Herr Kufmann scheint selbst berechtigte Zweifel an der Fortsetzung seiner Beamtenlaufbahn zu haben. Für den Journalistenstand ist es keine Bereicherung, wenn ein moralisch gescheiterter Beamter sich in die Journalistik flüchtet.

Ehrhardt an Mahraun.

Nationale Männer untereinander.

Kapitän Ehrhardt veröffentlicht nachstehende Antwort an den Hochmeister des Jungdeutschen Ordens, Mahraun:

„Sehr geehrter Herr Mahraun! Sie haben es für nötig gehalten, im „Jungdeutschen“ Nr. 192 mich und mein Arbeitsprogramm anzugreifen, ein Recht, das ich Ihnen nicht bestreite. Ich habe selbst keine Zeit, mich mit Ihren Ausführungen zu befassen, halte es auch nicht für erforderlich.

Nur eine Feststellung: Sie haben mit Ihrem Artikel gegen mich und meine Arbeit in einem großen Teil der international-jüdisch-marginalistischen Presse Beifall gefunden, in derselben Presse, die mich und die vaterländischen Verbände von jeher scharf bekämpft. Dies ist für mich des Beweises genug, daß mein Weg richtig ist. Dem gesunden Verstand unserer jungen nationalen Männer überlasse ich das Urteil selbst.

Geben Sie Ihren Weg, Herr Mahraun, ich gehe gradlinig den meinen. Mit vorzüglicher Hochachtung,

gez. Ehrhardt.“

Der Weg des Herrn Ehrhardt ist allerdings gradlinig. Ein Meineid ist nur eine ganz kleine unbedeutende Abweichung.

Hochverratsverfahren gegen Claß.

Abschluß der Voruntersuchung.

Leipzig, 20. August. (WS.) Wie wir aus sicherer Quelle erfahren, ist die Voruntersuchung gegen Justizrat Claß wegen Hochverrats sehr abgeschlossen und die Akten sind der Reichsanwaltschaft zur Prüfung und Beschlußfassung zugewendet worden. Ursprünglich lief das Verfahren unter dem Rubrum „Claß und Genossen“, und zwar erstreckten sich die Ermittlungen auch auf Major a. D. v. Sodenstern, Oberst a. D. v. Luck und Oberst a. D. Knauer. Bekanntlich nahm das Verfahren seinen Ursprung in den Hauskuchungen bei rechtsgerichteten Führern und den Leitern des Wiking und des Sportvereins Olympia, welche Organisationen dann später für Preußen verboten wurden. Wie erinnert wurde bei Oberst v. Luck auf dem Schreibung ein „Aufmarschplan“ gefunden, dessen Verfasser Oberst Knauer war. Gegen die vier Genannten wurde die Voruntersuchung wegen Hochverrats eingeleitet, und die Untersuchung dehnte sich auch auf eine Anzahl Großindustrieller aus. Im Verlaufe des Verfahrens wurde die Ermittlung aber gegen alle Beteiligten mit Ausnahme von Justizrat Claß eingestellt. Ob gegen ihn allein Anklage wegen Hochverrats erhoben werden wird, hängt von der Entscheidung der Reichsanwaltschaft ab. In diesem Fall würde die Hauptverhandlung nach der Auflösung des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik vor den zuständigen Strafengericht des Reichsgerichts kommen.

Das letzte Autodäsé vor 100 Jahren. Am längsten, bis ins 19. Jahrhundert hinein, hat sich die Inquisition im Lande Torquemados, in Spanien, erhalten. Nachdem sie dort Napoleon vorübergehend aufgehoben hatte, lebte sie mit der Rückkehr der spanischen Dynastie wieder auf. Unter Ferdinand VII. wurde 1814 von neuem ein Glaubensgericht mit dem Sitz in Valencia und mit dem Generalvikar Torranzo als Präsidenten gebildet. Das Verfahren entsprach dem der alten Inquisition. Das letzte Todesurteil, das dieses Gericht fällte, wurde 1826 an dem Katalonier Ripoll wegen Deismus, Beugung der göttlichen Natur Christi und der Offenbarung, vollzogen. Am Hinrichtungsstige waren alle Helligensbilder mit Schleiern verhüllt. Die Bruderschaft der Blühenden schritt dem Zuge voran, in dessen Mitte Ripoll auf einem Gel ritt. Neben ihm trug man eine Tonne, die mit Flammen und Teufeln bemalt war. Der Galgen stand zwischen zwei Kreuzen, die jedoch fortgenommen wurden, als der Delinquent auf dem Richtplatz anlangte. Während der Hinrichtung brannten links und rechts des Galgens Holzstöße, so daß es den Anschein hatte, als ob Ripoll verbrannt würde. Die Leiche wurde sodann in das Faß getan, im Guadalquivir einigemal untergetaucht und schließlich in ungeweihter Erde verscharrt. — Erst 1834 erfolgte auf Drängen des erregten Volkes die endgültige Aufhebung der Inquisitionsgerichte auch in Spanien.

Geistige Förderung der Kinder bei Schulwanderungen. Der Preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung veröffentlichte eine Bekanntmachung, aus der der Amaliche Preussische Pressedienst folgendes mittelt: Die heimatischen Wanderungen, auf die die Richtlinien für die Grundschule und die oberen Jahrgänge der Volksschule nachdrücklich hinweisen, versehen teilweise nach ihrem Zweck, da sie vielfach noch ganz mahl- und ziellos lediglich im Dienste der körperlichen Erholung erfolgen, ohne für die geistige Förderung der Kinder in rechter Weise ausgenutzt zu werden. Es fehlt fast überall an einem festen Plan, der die Wanderungen im Interesse des Unterrichts auf die einzelnen Schuljahre verteilt und eine wirklich systematische Durchwanderung der Umgebung des Heimatortes ermöglicht. Es wird daher angeordnet, daß jede Schule einen auf ein oder mehrere Jahre verteilten Wanderplan für geologisch-geographische Heimatwanderungen, für naturkundliche Spaziergänge, Besuche bedeutender Stätten und Bauten und landwirtschaftlicher und gewerblicher Anlagen aufstellt. Die Bestimmungen der oben genannten Richtlinien bezüglich der Wanderungen sollen sorgfältig beachtet werden; besonderer Wert wird auf die unterrichtliche Auswertung der Schulausflüge nach entsprechender gründlicher Vorbereitung gelegt.

Ein Wald aus einem einzigen Baum. In Indien kommen Wälder vor, die vielleicht die eigenartigsten Wälder sind, welche die Erde trägt. Trotzdem sie einen gewaltigen Umfang haben und oft mehrere Tausend von einzelnen Stämmen aufweisen, sind es tatsächlich Wälder, die nur aus einem einzigen Baum bestehen, denn alle diese Stämme, die den Eindruck erwecken, als ob es sich um ganz neue Bäume handelt, sind in Wirklichkeit nur von dem einen Baum als Stößen ausgehende Wurzelarten, die sich in der Erde festgraben und die Gestalt eines Baumes annehmen. Dieser feltige Baum, der sich allmählich zu ganzen riesenhaften Wäldern ausweilt, ist der seit alter Zeit berühmte und von märchenhaftem

Die „Stahlhelm“-Zeitschrift verboten.

Erhebung der Anklage bald zu erwarten.

Die Wochenchrift „Der Stahlhelm“ ist auf Anordnung des preussischen Innenministers von dem stellvertretenden Oberpräsidenten der Provinz Magdeburg wegen des bekannten hochverräterischen Artikels auf sechs Wochen verboten worden. Die gerichtliche Voruntersuchung gegen den verantwortlichen Redakteur, der jetzt das Opfer einer Zuschrift von einem bekannten Politiker aus Hannover zu spielen versucht, nimmt inzwischen ihren Fortgang. Die Erhebung der Anklage ist bald zu erwarten, da der Tatbestand völlig klar liegt.

Zum Schutz der Republik.

Verbot der „Greiffenberger Nachrichten“.

Breslau, 20. August. (WS.) Der Oberpräsident der Provinz Niederschlesien hat die in Löwenberg in Schlesien erscheinenden „Greiffenberger Nachrichten“ auf Grund des § 21 des Gesetzes zum Schutze der Republik vom 21. Juli 1922, Reichsgesetzblatt Teil I Seite 585 (Herabwürdigung der verfassungsmäßig festgestellten republikanischen Staatsform Preußens durch Beschimpfung von Mitgliedern der republikanischen Regierung Preußens) auf die Dauer von drei Wochen und zwar vom Donnerstag, den 19. August bis Mittwoch, den 8. September einschließlich verboten.

Rechtskräftiges Stahlhelm-Urteil.

Das Reichsgericht bestätigt das Braunschweiger Urteil gegen Stölzel.

Leipzig, 20. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Ferienhof des Reichsgerichts beschäftigte sich am Freitag mit der Revision des Landesschulrats Genossen Dr. Ernst Stölzel, der vom Landgericht in Braunschweig als Berufungsinstanz am 4. Juni d. J. wegen einer Bagatelle zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden war. Stölzel hatte für eine Dienstreise II. Klasse liquidiert, die Reise aber in der III. Klasse zurückgelegt. Im ersinstanzlichen Urteil war Stölzel auch die Führung eines öffentlichen Amtes auf zwei Jahre aberkannt worden. Dieser Spruch wurde jedoch von der Berufungskammer fallen gelassen. Die zweite Anklage stützte sich lediglich auf Denunziation politischer Intriganten, um Stölzel als Sozialdemokraten im Amte unmöglich zu machen. In der Hauptverhandlung machte der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Gyl-Berlin besonders prozessuelle Mängel geltend und wies auf das Fehlurteil der Vorinstanz hin. Es sei gerichtsnotorisch festgestellt, daß auch in anderen Ländern, wie z. B. in Thüringen, Beamte und juristische Personen wiederholt II. Klasse berechnet, jedoch III. Klasse fahren. Er beantragte die Aufhebung des Urteils und die Zurückverweisung der Sache an ein anderes Gericht. Der Reichsanwalt verlangte die Verwerfung der Revision. Der Senat schloß sich dem Urteil der Vorinstanz an und verwarf die Revision des Angeklagten.

Das Aufwertungs-Volksbegehren.

Der Sparerbund vor einer Enthüllungskampagne?

Nach Informationen von mehreren Seiten beabsichtigt der Sparerbund, nach der Ablehnung seines Antrages, ein Aufwertungs-Volksbegehren zu veranstalten, in einer Reihe von Versammlungen, Publikationen usw. Enthüllungen über die Finanzgebarung zahlreicher politisch hervorragender Persönlichkeiten zu machen. Der Zweck dieser Angriffe soll der Nachweis der Berechtigung der Aufwertungs-forderung und die Einleitung von gerichtlichen Untersuchungen gegen die Beschuldigten sein. Wie wir dazu hören, sind den zuständigen Stellen der Reichsregierung diese Absichten bekannt, und man will, wie der „Reichsdienst“ schreibt, dafür Sorge tragen, daß durch einseitige Berichterstattung keine Rufhebungen oder Verheugungen stattfinden können.

Umwälzungen in der Radiotechnik.

Von Frij Winkel.

Die bevorstehende Dritte große deutsche Funkausstellung, die größte Funkausstellung der Welt, ist dieses Jahr von ganz besonderer Bedeutung, da auf ihr zum ersten Male die Erfindung der Mehrfachröhre gezeigt wird, deren Auswirkungen gegenwärtig in ihrem Umfang gar nicht abzuschätzen sind.

Bisher benutzte man zum Rundfunkempfang einen Detektorapparat oder einen Röhrenapparat. Ersterer Empfänger enthält einen Kristalldetektor, um die ankommenden hochfrequenten Wellen gleichzurichten, d. h. um sie hörbar zu machen. Ein solcher Apparat ist nur bis zu einer Entfernung von 30 Kilometer vom Sender zu gebrauchen, da seine Lautstärke zu klein ist. Stärkerer Empfang erhält man mittels eines Röhrenapparates, das als Detektor eine Lampe, Audion genannt, enthält. Um jedoch einen Lautsprecher zu betreiben oder die Aufnahme entfernteter Sendestationen zu ermöglichen, müssen zu der Audionröhre noch mehrere Lampen zur Verstärkung hinzugeschaltet werden. Die neue Erfindung gestattet nun Lautsprecherempfang mit einer Röhre, und zwar mit einer, die die Wirkung von drei Lampen in sich vereinigt. Sie unterscheidet sich von den bisherigen dadurch, daß sie etwas größer ist und im Innern komplizierter aussteht, ferner eine Verstärkung von 25x25x5 = 3000 aufweist; sie beansprucht zur Heizung und Anodenspannung nicht mehr Strom als eine gewöhnliche Röhre, und der gesamte Empfänger ist nicht teurer als ein normaler Audion-Apparat. Die Konstruktion der Mehrfachröhre der Radio-Frequenz G. m. b. H. ist von R. v. Ardenne, der auf dem Funkgebiet breites bekannt ist, von Dr. Voewe und anderen Ingenieuren ermittelt worden.

Da auch die Bedienung des Apparates sich außerordentlich einfach gestaltet — es ist nur ein Handgriff nötig — wird bald die Mehrzahl der Rundfunkabonnenten vom Kopfhörer zum Lautsprecherempfang übergehen, und die Besitzer aller der großen, komplizierten Röhrenapparate werden nunmehr wieder zu einfacheren Schaltungen zurückkehren. Künftig wird man auch den Radio-apparat, der nicht größer als eine mittlere Zigarrenkiste ist, mit auf die Reise nehmen können, was bisher wegen seiner Größe und seiner Empfindlichkeit schlecht möglich war. Er darf auch ohne Gefahr von Kindern bedient werden, denn er kann dank seiner äußeren Geschlossenheit nur mit Gewalt zerstört werden.

Nicht man noch in Betracht, daß die Erfindung des ersten Bildfunksenders in Witleben bevorsteht, ferner die Erfindung von unzähligen kleineren Neuerungen, darunter das Nebenschlußgerät, das den Anodenstrom aus der Lichtleitung zu nehmen gestattet, oder ein Empfänger, der vollkommen unsichtbar in eine Ständerlampe zur Plattenparnis eingebaut ist, dann kann man mit Recht behaupten, daß das Rundfunkwesen wieder an einem Wendepunkt angelangt ist und künftig ganz andere Wege als bisher betreten wird.

Zauber unwobene Banjan-Baum (Ficus indica), der so ungeheure Masse annimmt und nicht nur in die Breite, sondern auch gewaltig in die Höhe wächst, wie ein Bild im „Stein der Weisen“ in glänzender Weise darstellt. Von diesem Baum kommt Kautschuk und Gummi; seine Früchte kann man essen und Wildvögel lassen sich aus dem Baum gewinnen. Aber das Interessanteste an ihm ist die Art seines Wachstums, die hier näher beschreiben werden soll. Er entwickelt eine riesige Krone mit weiten, vielverzweigten Ästen, die über Hunderte von Metern in wagerechter Richtung auseinander-treiben und eine Umhänge von Luftwurzeln nach unten entsenden. Diese Luftwurzeln erreichen den Boden, dringen in ihn ein und stützen so die Äste, von denen sie ausgegangen sind. Sie werden schließlich zu dicken Stämmen und man kann, wenn man will, einen solchen Wurzelstamm mit dem dazugehörigen Kronenteil aus dem ganzen Bestand herausnehmen. Schließlich sind die aus den Luftwurzeln entstandenen Stämme so stark und so zahlreich, daß man gar nicht mehr unterscheiden kann, welches der Hauptstamm gewesen ist. Aus einem Stamm ist infolge der Luftwurzelbildung ein ganzer Wald entstanden, der aus Tausenden von Stämmen bestehen kann, mit einer einzigen, durchscheinendgewachsenen, vermodernen Krone. Schon die alten indischen Geschichten erzählen von solchen Wäldern, die aus einem einzigen Stamm entstehen, so ausgebreitet, daß ein ganzes Heer darunter lagern kann.

Lebensdauer und Körpertemperatur. Der bekannte Physiologe Jacques Loeb hatte bei seinen Versuchen mit Seegeleiern festgestellt, daß die Erniedrigung der Umwelttemperatur und damit der Eigen-temperatur der Eier um jeden Grad Celsius die Lebensdauer der Eier verdoppelt. Dr. Rosenfeld weist nun darauf hin, daß die Normaltemperatur des Menschen von 37 bis 37,4 Grad auf 36 bis 36,9 Grad gesunken ist. Mit dieser Tatsache bringt er nach der „Almischen Wochenchrift“ die Erhöhung der Lebensdauer der jetzigen Generation in Zusammenhang. Die Zahl der Ueberachtzig-jährigen hat sich bei jeder Volkszählung seit 1875 vergrößert und ist trotz des großen Absterbens alter Leute im Kriege auf 151 Proz. der Zahl von 1875 gestiegen. Da alle Lebensverhältnisse seit zwölf Jahren schlechter geworden sind, sind andere Verhältnisse der Umwelt als Ursache für die erschliche Lebensverlängerung nicht so wahrscheinlich wie diese Veränderung der Körpertemperatur. (?)

Der Kampf gegen den Tabak. In dem Großstaat des Mikohof-verbotes, Amerika, gewinnt sehr auch der Kampf gegen ein anderes Gift, das Nikotin, an Heftigkeit. Eine Universität in Massachusetts hat den weiblichen Studierenden das Rauchen verboten. Solange die Studentinnen die Universität besuchen, so heißt es in der Anhaltensordnung, wird ihnen der Tabakgenuß streng untersagt. Schon bei der Immatrikulation wird ihnen das Ehrenwort abgenommen, weder zu rauchen noch gegen dieses Verbot zu agitieren. Eine Uebertretung des Raucherbotes wird unmissichtlich mit der Relegation bestraft.

Von den Reinhardt-Bühnen. Das Deutsche Theater eröffnet die Winterperiode am 17. September des 70. Geburtstages von Bernard Shaw mit „Androsus“ und der „Lone“. Die Rolle des „Androsus“ spielt Kurt Götze, der hienut seine Tätigkeit an den Reinhardt-Bühnen beginnt. Regie führt Erich Engel. Die Premiere findet am 2. September statt.

Zum Tode Mehlichs.

Beileidstelegramme der Regierungen.

Der Reichsarbeitsminister hat an die Hinterbliebenen des Reichs- und Staatskommissars Mehlich in Dortmund folgende Drahtung geschickt:

„Auf das tiefste ergriffen über das tragische Ende Ihres Vaters spreche ich Ihnen und Ihren Geschwistern meine aufrichtigste Teilnahme aus. Durch unermüdete erfolgreichste Tätigkeit in schwersten Zeiten und unparteiisches selbstloses Wirken hat sich der so früh Dahingegangene bleibende Verdienste um Ruhrgebiet und Reich erworben, unser aller aufrichtigsten Dank gesichert. Sein Wirken wird unvergessen bleiben. Möge Ihnen der Allmächtige Kraft verleihen, das schwere Leid zu ertragen, das so unvermittelt über Sie und die Ihrigen hereingebrochen ist.“

Wolfs Telegraphenbureau schreibt zum Tode Mehlichs:

Mit Mehlich, der erst im Alter von 44 Jahren stand, ist ein Mann dahingegangen, der sich auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet hohe Verdienste erworben hat. Seit 1919 war er Mitarbeiter des damaligen Reichs- und Staatskommissars Severing, dessen Nachfolger er 1920 wurde. Die Nachwirkungen der Unruhen des Jahres 1919, die immer bedrohlicheren wirtschaftlichen Schwierigkeiten im rheinisch-westfälischen Industriebezirk ließen an ihn, dem vor allem die Schlichtung der Lohnstreitigkeiten oblag, außergewöhnliche Anforderungen. Schwerste Tage brachte ihm im Jahre 1923 die Befragung des Ruhrgebiets. Weit über sein engeres Fachgebiet hinaus hat er damals dem Wohl und den Rechten der von fremder Gewalt bedrückten Ruhrbevölkerung wie der gemeinsamen deutschen Sache aufopfernd gedient. Durch die Lauterkeit seines Charakters, durch seine Unparteilichkeit und die restlose Hingabe an seine verantwortungsvollen Aufgaben hat er bis zu seinem Tode in seltenem Maße das Vertrauen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer genossen und den Arbeitsfrieden auch unter schwierigsten Verhältnissen zu erhalten vermocht. Es ist ein tragisches Schicksal, das ihn auf der Heimfahrt von einer dienstlichen Besprechung in Berlin so früh an erfolgreichem Wirken herausriß. Sein Name wird in der Geschichte des Ruhrgebiets und der deutschen Sozialpolitik ehrenvoll fortleben.

Der Stellvertreter des Reichsministers für die besetzten Gebiete, Staatssekretär Dr. Schmid, hat an Fräulein Mehlich folgendes Telegramm geschickt:

Tief erschüttert von der Nachricht, daß unter den Todesopfern der Eisenbahnkatastrophe bei Hannover sich auch Ihr Herr Vater befindet, spreche ich Ihnen und allen übrigen Familienangehörigen mein aufrichtigstes Beileid aus. Die hingebungsvolle Arbeit, die der Heimgegangene in den letzten Jahren, besonders aber während der schweren Zeit 1923, die unsere deutschen Brüder und Schwestern an Rhein und Ruhr durchleben mußten, für unser Vaterland geleistet hat, wird ihm in der Geschichte unseres Volkes einen Ehrenplatz sichern. Auch ich werde ihm für alle Zeit ein treues Gedächtnis bewahren.

Der Reichsminister für die besetzten Gebiete

A. B.: gez. Schmid.

An Mehlichs ältestes Kind ging das folgende Telegramm des preußischen Staatsministeriums ab:

Die preußische Staatsregierung nimmt innigen Anteil an dem plötzlichen Heimgang Ihres Vaters. Als vor trefflicher Kenner des wirtschaftlichen Lebens an der Ruhr hat Ihr Vater durch seine erfolgreiche Schlichtungsarbeit für den wirtschaftlichen Aufschwung in der schwierigen Nachkriegszeit Vorbildliches geleistet. Seine verdienstvolle Tätigkeit sichert ihm ein dauerndes ehrendes Angedenken.

Abwanderung aus Ostpreußen.

Die staatspolitische Pflicht der Regierungsstellen.

Der Direktor des Instituts für ostdeutsche Wirtschaft, Professor Dr. Mann, hat soeben im Verlag Gustav Fischer, Jena, eine Schrift über „Ostdeutsche Wirtschaftsforschung“ herausgegeben. In dieser Schrift wird u. a. die aufsehenerregende Feststellung gemacht, daß aus der Provinz Ostpreußen in der Zeit vom 1. September 1923 bis zum 16. Juni 1925, also in nur 1 1/2 Jahren, 160 000 Personen abgewandert sind. In der Zeit vor dem Kriege erfaßte die Abwanderung durchschnittlich nur 17 500 Personen im Jahr.

Nach der „Deutschen Tageszeitung“ Nr. 380 ist die gewaltige Abwanderung einmal ein Symptom für die schwierige Wirtschaftslage, in der sich Ostpreußen seit den letzten Jahren befindet, zum anderen aber für die Wirkung der unnatürlichen Abschneidung durch den polnischen Korridor.

Wir bestreiten, daß das die allein ausschlaggebenden Gründe sind. Nach unseren Wahrnehmungen und Beobachtungen sieht sich der größte Teil aller aus Ostpreußen abgewanderten Personen aus Landarbeitern zusammen, denen die ostpreußischen Großgrundbesitzer das zum Leben Notwendige verweigern und die sich die unerhörteste Beschränkung ihrer persönlichen Freiheit gefallen lassen müssen. Wir behaupten nicht zuviel, wenn wir sagen, daß der ostpreußische Landarbeiter der am schlechtesten entlohnte und abhängigste Arbeiter in ganz Deutschland ist.

Bei der gewaltigen Abwanderung aus Ostpreußen dürfen die Regierungsstellen nicht mehr schweigen. Hier müssen sie rücksichtslos die Situation klären und unverzüglich teraten, was zur Abstellung der von Professor Mann aufgedeckten, die Interessen des Staates tief berührenden Erscheinungen gefahren muß. Ein Bangemachen durch die Wünsche der ostpreußischen Großgrundbesitzer kann und darf es nicht mehr geben.

Nochmals Kölling.

Er berichtet gegen Hörsing.

Magdeburg, 20. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Magdeburger Untersuchungsrichter Kölling und seine Freunde haben offenbar noch nicht genügend Reinsäße ertümt. Herr Kölling verlangt eine Berichtigung zu dem Artikel von Otto Hörsing. Kölling bestreitet, daß Hörsing das Gespräch, das zwischen ihm und Kölling geführt worden ist, richtig wiedergegeben hat, insbesondere bestreitet er, daß ihm Hörsing von den Ermittlungen des Kriminalkommissars Busdorf Mitteilung gemacht habe. Er bezeichnet es als unmögllich, daß ihm Hörsing gesagt habe, „die Leiche des Hellings liege im Keller vergraben“. Busdorf werde, von Königsberg zurückgekehrt, erst seine Verhaftung vornehmen, dann die Leiche ausgraben und sie mit bringen. Kölling wiederholt seine Behauptung, er habe erst durch das Geständnis des Schröder erfahren, daß die Leiche Hellings im bezeichneten Schröderischen Hause vergraben wurde.

Wir sind ermächtigt zu erklären, daß Oberpräsident Hörsing seine Darstellung des Gesprächs mit Kölling voll und ganz aufrecht hält, insbesondere, daß er im Laufe des Gesprächs Mit-

Republikanerblock in Italien.

Die neue Partei im Werden.

Chiasso, 20. August. (Eigener Drahtbericht.) Genosse Arturo Cabriola hat mit anderen Persönlichkeiten, die den verschiedensten Oppositionsparteien angehören, die Bildung einer republikanisch-sozialistischen Partei in Angriff genommen. Die Erklärungen und Schriften der Gründer zeigen die einmütige Absicht, die Verteidigung dieser Partei der Arbeiterklasse anzuvertrauen. „Es könnte geschehen — so schreibt Cabriola in der „Voce Republicanica“ —, daß während des schwersten Fieberfrostes unseres politischen Lebens ein Heilmittel gesucht werden muß, dessen Haupteigenschaft die sofortige Wirkung sein soll. Verschiedentlich und auch bei den gebildeten Katholiken bemerkt man die Neigung, eine Bewegung hervorzurufen, die in der Lage sein kann, zu einer großen republikanisch-sozialistischen Partei zu werden.“ Cabriola schildert dann den Charakter dieser Partei: „Die republikanisch-sozialistische Partei würde die Partei der Sozialdemokratie sein, die in Freiheit das Problem des Proletariats lösen will. Aber da sie keine besondere Drohung für die anderen sozialen Klassen ausspricht, werden diese gezwungen werden, eine Politik auszugeben, in der sie dauernd die Idee der Freiheit der Klassen zu opfern pflegen.“

Krach bei den italienischen Kommunisten.

Mäßigregelung der Opposition.

Chiasso, 20. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Exekutiv-Ausschuß der italienischen kommunistischen Partei ist zusammengesessen, um disziplinäre Entscheidungen gegen verschiedene Mitglieder des dem äußersten Extremismus zuneigenden linken Flügels der Partei zu treffen. Es muß dabei daran erinnert werden, daß auf dem

letzten kommunistischen Kongreß in Italien sich bereits eine Linksopposition gegen die Politik nicht nur der nationalen Zentrale, sondern auch der Internationale bemerkbar gemacht hat. Nachdem der Kongreß diese Opposition durch eine große Majorität zurückgewiesen und diese selbst sich für besiegt erklärt hatte, versprach sie, sich dieser Mehrheit zu beugen und mit Beobachtung jeglicher Parteidisziplin die Mehrheitspolitik zu unterstützen. Nach dem kommunistischen Organ „Unità“ haben jedoch die janitschischen Anhänger dieser Opposition fortgefahren, sich der Politik und Disziplin der Zentralorganisation zu entziehen. Die Opposition hatte erklärt, die politische Linie der Partei als obligatorisch anerkennen zu wollen, dann aber verweigerte sie die Zusammenarbeit mit der Behauptung, sie befände sich in Meinungsverschiedenheiten mit den Führern der Partei. Das Komminiqué des Exekutivausschusses zählt die Namen der Mitglieder auf, die sich des Disziplinbruchs schuldig gemacht haben. „Die Genossen Repossi, Fortichiarì und Damen“, sagt das Komminiqué, „haben mit ihrer Eigenschaft als Abgeordnete eine bedeutende Verantwortung übernommen, ebenso schwerwiegend ist die Verantwortlichkeit des Genossen Perrone für die schweren Bedingungen, unter denen der Partei die Tätigkeit gesichert bleibt. Der Exekutivausschuß ist sich schuldig geworden, für ein Jahr die Genossen Damen, Fortichiarì und Repossi von aller Parteilichkeit auszuschließen und für einen Zeitraum von sechs Monaten den Genossen Della Lucia.“

Man bemerkt, daß sich unter den Betroffenen nicht der Ingenieur Bordiga befindet. Offenbar hat man ihn, wie der „Avanti“ schreibt, gesöhnt, um ihm eine Warnung zukommen zu lassen, denn tatsächlich ist Bordiga immer noch der Führer der Opposition.

teilungen über Busdorfs Feststellungen in Kottmersleben und dessen weitere Absichten gemacht hat. Für die Richtigkeit seiner Darstellung steht Hörsing ein Zeuge zur Verfügung, der die ganze Unterredung mit Kölling mit angehört hat.

Wagille-Richter.

Stuttgart, 20. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Württembergische Richterverein hat am Freitag ohne jede Veranlassung eine tendenziös gefärbte Darstellung der Magdeburger Vorfälle veröffentlicht. Um die Verantwortlichkeit in der Handlungsweise der Hoffmann und Kölling zugunsten des Phantoms von der Unantastbarkeit der deutschen Richter zu decken, polemisiert der Württembergische Richterverein gegen Demokratie, Sozialismus, Kommunismus und das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, ja versteigt sich sogar zu der Behauptung, daß die Vorfälle in Magdeburg geseigt hätten, daß etwas faul sei in der preussischen Verwaltung und das Verhalten des preussischen Innenministeriums einen Akt der Kabinettsjustiz darstelle. Weiter macht sich der Württembergische Richterverein die Urteile der reaktionären Presse, daß von der preussischen Verwaltung ein Verfassungsbruch verfügt worden sei und ihr Verhalten kriminalistische Anarchie bedeute, vorbehaltlos zu eigen. Mit dieser Art des öffentlichen Aufhetzens hat der Württembergische Richterverein endgültig die Waage von seinem politisch-reaktionären Gesicht fallen lassen.

Die Unterstützung der Ausgesteuerten.

Eine halbe Maßnahme.

Die scharfe Kritik, die in Gewerkschaftskreisen gegen die Pläne der Reichsregierung zur Neuregelung der Unterstützung der Ausgesteuerten eingelegt hat, blieb bei den maßgebenden Stellen nicht ohne Eindruck. Wie wir erfahren, sind die Bedingungen, unter welchen die Gemeinden 50 Proz. der Ausgesteuertenunterstützung zurückvergütet erhalten, etwas verbessert worden. Zunächst war vorgesehen, daß nur die Gemeinden, die 5 Proz. Erwerbslose und 5 Promille Ausgesteuerte aufweisen, 50 Proz. zurückvergütet erhalten. Diese Jochsen hat man jetzt gemildert. Wie weit die Milderung geht, darüber verlautet leider nichts.

Die Verbesserung der Bedingungen, unter denen die Gemeinden einen Teil der Unterstützung rückvergütet erhalten, war eigentlich nur eine Selbstverständlichkeit. Ungeheuerlich wäre es gewesen, wenn man eine Reihe von großen Städten von der Rückvergütung ausgeschlossen hätte. Durch die Verbesserung geradezu unmöglicher Bestimmungen und Bedingungen wird aber nichts an der bedauerlichen Tatsache geändert, daß die geplante Neuregelung der Ausgesteuertenunterstützung eine bedenkliche Halbheit bleibt. Diese Neuregelung wird sich nicht bewähren. Deshalb wäre es das Beste, sie gar nicht erst zu schaffen und lieber auf den Vorschlag der Gewerkschaften: Verlängerung der Unterstützungsperioden der Erwerbslosen einzugehen.

Vorbildliche Minderheitsbehandlung.

Deutsche Kulturautonomie in Estland.

Reval, 20. August. (DG.) Das Unterrichtsministerium hat der Regierung den Vorschlag unterbreitet, daß alle vom estnischen Staat und von den Kommunen unterhaltenen deutschen Schulen der deutschen Kulturverwaltung übergeben werden sollen. Diese Kulturverwaltung ist den Deutschen Estlands schon vor einiger Zeit zugestanden worden, und sieht die kulturellen und Schulfragen des estländischen Deutschtums als ihre wichtigste Aufgabe an.

Der französisch-rumänische Vertrag.

Garantie für den Besitz Bessarabiens.

Der Pariser Korrespondent des „Navy Kurjer Postl“, der über gute Beziehungen am Quai d'Orsay verfügt, berichtet seinem Blatt über den neuen französisch-rumänischen Garantievertrag. Darin garantieren beide Staaten unter Bezugnahme auf die Artikel 10 und 16 der Völkervereinbarung einander ihren territorialen Besitzstand. Im Falle eines unprovocierten Angriffes einer dritten Macht verpflichten sich die vertragsschließenden Parteien, einander unverzüglich Hilfe und Beistand zu leisten. Hier ist ein Unterschied gegenüber dem französisch-polnischen Garantievertrag von Locarno festzustellen: während nach dem letzteren der territoriale Besitzstand allein gegen einen deutschen Angriff garantiert wird, erstreckt sich die gegenseitige Garantiepflicht, die Frank-

reich und Rumänien nunmehr übernehmen, auf sämtliche Grenzen der beiden Staaten. Die Annexion Bessarabiens durch Rumänien wird somit von Frankreich gegen russische Ansprüche verbürgt.

Zugleich teilt der Pariser Gewährsmann des „Navy Kurjer Postl“ mit, daß ein ähnlicher Vertrag zwischen Frankreich und Südsibirien bereits im März dieses Jahres von Briand und Rintschisch vorläufig unterzeichnet worden sei.

Calles bleibt fest.

Keine Einstellung der Kirchenpolitik.

London, 20. August. (Eigener Drahtbericht.) Aus Mexiko wird gemeldet, daß Präsident Calles die von dem Episkopat gewünschte Suspensierung der Kirchengesetze bis zur Möglichkeit einer Verfassungsänderung abgelehnt hat. In einem längeren Schreiben erklärt Calles, daß er oder der Kongreß zwar die zuständige Stelle zum Empfang verfassungsändernder Petitionen sind, er persönlich aber keine Neigung habe, eine Verfassungsänderung zu unterstützen, zumal die Verfassungsbestimmungen, die seit 1. August auf die Kirche angewandt werden, sich in Uebereinstimmung mit seiner Weltanschauung und seiner politischen Ueberzeugung befinden. Niemand hindere die Kirche daran, geistliche Mittel zu gebrauchen, um ihre Ziele zu erreichen. Einem Antrag von Abgeordneten oder Senatoren stünde selbstverständlich nichts im Wege. Ebenso stünde es der Kirche frei, den Bundesgerichtshof gegen die Ausführungsgesetze anzurufen.

Parlamentariergefecht auf der Straße.

Mexiko, 20. August. (WB.) Infolge politischer Auseinandersetzungen kam es gestern in Mexiko zu einer Schießerei zwischen mehreren Kongreßmitgliedern. Ein Oberst Garcia wurde getötet, zwei Abgeordnete und ein Zeitungsvorkäufer schwer verletzt. Der frühere Gouverneur Garlido erhielt einen Schuß ins Gesicht. Da die Schießerei auf offener Straße und in belebter Gegend am Nachmittag erfolgte, bemächtigte sich der Passanten eine Panik.

Die Zeiten ändern sich...

Die Marzeillaise bei Nebentlow. — Rußland auf dem Polizeikongreß.

Wenn vor ein paar Jahren irgendeine Wahrsagerin prophezeit hätte, im Jahre 1926 würde eine Internationale der Politischen gegründet werden und Rußland werde, ohne seine Regierungsform geändert zu haben, auf einem internationalen Kriminalistenkongreß vertreten sein, so hätte wohl die ganze Welt über solche Phantasereien die Köpfe geschüttelt.

Jetzt teilt der völkische Graf Reventlow in seinem „Reichswart“ freudbestrahlend mit, daß vor kurzem auf dänischem Boden eine internationale Antisemitenförderung stattgefunden habe, an der u. a. auch Briten, Franzosen, Polen, Tschechoslowaken, lauter Erbsünde a. D. teilgenommen haben. Und nicht nur das: Der „Reichswart“ erscheint zur Feier dieses glückwünschenden Ereignisses mit deutsch-französischem Text: auf der ersten Seite wird ein der Marzeillaise nachgebildetes Antijudengedicht im französischen Urtext abgedruckt! Das ist gewissermaßen die neue Kriegshymne für den „gemeinsamen Kampf gegen den Weltfeind“, in dem Graf Reventlow allen Völkern die Fahne vorantreibt.

Man darf diese Entwicklung begrüßen. Denn wenn die international verbrüdernten Nationalisten, statt wie bisher das gegenseitige Haaßschneiden der Frier zu predigen, unter den Klängen der Marzeillaise in den Hafenkreuzzug gegen Israel ziehen, so wird das für alle Beteiligten viel weniger gefährlich.

Ist der neue Reventlowbund gewissermaßen als eine vierte Internationale anzusprechen, dann bildet der internationale Kriminalistenkongreß sozusagen die fünfte. Auf diesem internationalen Kriminalistenkongreß wird nun, wie das „B. T.“ zu melden weiß, auch Sowjetrußland vertreten sein. Die WBil und die Abteilung I A werden dort ihre Erfahrungen austauschen. Tschelkisten werden mit gewiegten Hochkollegen aus Paris, London und New York darüber beraten, wie die gesetzliche Ordnung am besten zu schägen sei! Man kann die Stadt Berlin beglückwünschen, daß sie dazu bestimmt ist, für dieses Schauspiel — das mehr als irgendein anderes die „Verbürgerlichung“ des neuen Rußland demonstriert — den Schauplatz abzugeben.

So erlebt man Seltsames und Seltsamstes. Einst war es paradox, aber jetzt bestätigt es die Zeit.

Gewerkschaftsbewegung

25 Jahre Gewerkschaftsinternationale.

Von Kopenhagen bis Amsterdam.

Heute sind es 25 Jahre her, daß in Kopenhagen der Grundstein zum Internationalen Gewerkschaftsbund gelegt worden ist. Es war anlässlich eines Kongresses der dänischen Gewerkschaften, auf dem sich eine größere Anzahl von repräsentativen Vertretern der Gewerkschaftszentralen der verschiedenen Länder befanden, daß das Internationale Sekretariat der gewerkschaftlichen Landeszentralen gegründet wurde.

Es gab wohl schon einzelne mehr oder weniger lose Verbindungen internationaler Art einzelner Berufe. Außerdem waren die Gewerkschaftsorganisationen auf den Internationalen Sozialisten- und Arbeiterkongressen vertreten. Doch hat es bis dahin an einer Zusammenfassung der Gewerkschaftsorganisationen der verschiedenen Länder gefehlt.

Zum Internationalen Sekretariat wurde der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, unser unvergessliche Carl Legien gewählt. Der Austausch der Erfahrungen der Gewerkschaftsbewegung in den verschiedenen Ländern und im gegebenen Falle das Zusammenwirken waren eine Notwendigkeit geworden. Soweit aber Männer einen Einfluß auf die Gestaltung der Geschichte der Arbeiterbewegung nehmen können, darf wohl Legien das hohe Verdienst zugesprochen werden, mit außerordentlichem Sachkenntnis und hervorragendem diplomatischem Geschick das Internationale Sekretariat der gewerkschaftlichen Landeszentralen zu einem wichtigen Instrument der internationalen Arbeiterbewegung ausgebaut zu haben.

Das internationale Sekretariat hielt keine Kongresse ab. Es wurden nur Konferenzen der gewerkschaftlichen Landeszentralen abgehalten, auf denen meist die Fragen der statistischen Erfassung der Gewerkschaftsbewegung und wichtige gemeinsame Maßnahmen diskutiert wurden. Wohl ist besonders von den französischen Gewerkschaften, die seit 1896 nicht mehr an den internationalen Sozialisten- und Arbeiterkongressen teilnahmen, wiederholt verlangt worden, an Stelle der Konferenz internationale Kongresse einzuberufen und den ganzen Apparat mehr auf äußere Wirkung umzustellen. Legien hat sich dem immer widersetzt, weil er aus der Dualität mit den internationalen Sozialisten- und Arbeiterkongressen die Entstehung von Gegenläufern befürchtete.

Der Weltkrieg hat auch hier mit gewalttätiger Hand eingegriffen. Unmittelbar nach dem Kriege hat die Gewerkschaftsbewegung in allen Ländern einen ebenso schnellen wie beispiellosen Aufschwung genommen. Der bisher beibehaltene bescheidene Rahmen konnte um so weniger genügen, als laufige der Parteispaltung, die während des Krieges oder unmittelbar nach dem Kriege in einigen wichtigen Ländern eintrat, auch die Sozialistische Internationale sich spaltete und eine weitere Teilnahme der Gewerkschaften an den internationalen Sozialistenkongressen nicht mehr möglich war. So wurde 1919 der Internationale Gewerkschaftsbund mit dem Sitz in Amsterdam ins Leben gerufen.

Die Nachkriegsperiode mit ihrenurchibaren Krisen hat bei weitem nicht alle Hoffnungen in Erfüllung gehen lassen, die bei Gründung des IGB gehegt wurden. Die Gewerkschaften der verschiedenen Länder haben in den letzten Jahren schwere Verluste erlitten. Trotzdem zählen heute die 23 gewerkschaftlichen Landeszentralen, die dem IGB angeschlossen sind, über 13 Millionen Mitglieder, eine Zahl, die man sich vor dem Kriege kaum hätte träumen lassen. Aber nicht nur an Zahl ist die internationale Gewerkschaftsbewegung gewachsen. Sie greift heute viel bewusster in die Wirtschaft der verschiedenen Länder ein und sie hat in den meisten Industrieländern einen großen Einfluß gewonnen.

Auch die wohlfühnigen Spaltungsversuche der russischen Bolschewisten, die in ihrer Herrschaft und Verblendung eine eigene sogenannte „Rote Gewerkschaftsinternationale“ aufzogen und den Versuch machten, in allen Ländern die Gewerkschaften in verbrecherischer Weise zu spalten und den Internationalen Gewerkschaftsbund zur Ohnmacht zu verdammen, haben diesen nicht erschüttern können. Außerhalb Russlands gibt es keine ernsthafte Gewerkschaftsorganisation, die der „Roten Gewerkschaftsinternationale“ angeschlossen wäre. In einigen Ländern, wie in Frankreich und der Tschechoslowakei sind die Gewerkschaften durch die bolschewistische Spaltung allerdings schwer geschädigt worden.

Bei ihrer Gründung eine schwache, kaum beachtete Gruppe von Organisationen, die um ihre Existenz ringen mußten, ist die Gewerkschaftsinternationale heute ein Machtinstrument der organisierten Arbeiterschaft geworden, das bei den großen Kämpfen und Wirtschaftskrisen entscheidend mitbestimmt.

Moskau will diktieren.

Wie die Engländer Streiks zu führen haben.

Der Asien-Osteuropadienst erzählt aus zuverlässiger Quelle, daß die russische Delegation auf den gestern abend in Berlin begonnenen Besprechungen mit den englischen Gewerkschaften folgende Punkte zur Beratung stellte:

1. Die Reorganisation des Generalkrats, der den englischen Streik leitet;

2. Die sofortige Einberufung einer Bergarbeiterkonferenz nach Moskau;

3. Die Gewinnung der deutschen Bergarbeiter für eine Aktion zur Unterbindung deutscher Kohlenlieferungen nach England.

Bei letzterem Punkt spezifiziert die russische Delegation auf eine Ausnutzung der derzeitigen Lohnunterschieden zwischen der deutschen Bergarbeiterindustrie und den Bergarbeitern. Bisher sind für den englischen Streik insgesamt 5 Millionen Rubel aufgebracht worden, von denen die letzten 500 000 Rubel-Rate den Streikenden gerade jetzt zur Verfügung gestellt wird. — Die Verhandlungen in Berlin werden voraussichtlich drei bis vier Tage in Anspruch nehmen. Eine der ersten Forderungen der russischen Delegation ist die Fortsetzung des Streiks mit der Begründung, daß dessen Abbruch sich ungünstig auch auf die Stimmung der russischen Arbeiterschaft auswirken würde.

Wenn diese Angaben zutreffen, dann werden die Verhandlungen sicher viel früher zu Ende gehen. Denn daß die englischen Delegierten die unerwünschte Einmischung Moskaus in die Führung des Kampfes zurückweisen würden — abgesehen davon, daß praktisch gar keine Möglichkeit besteht, die Forderung der Russen zu erfüllen —, liegt ohne weiteres auf der Hand.

Der Schiedsspruch für das Fuhrgewerbe angenommen.

Wie im „Vorwärts“ bereits mitgeteilt, hatte der Schlichtungsausschuss für das Berliner Fuhrgewerbe am 13. August einen Schiedsspruch gefällt, wonach das von den Unternehmern zum 31. Juli geschlossene Lohnabkommen unverändert bis zum 30. September verlängert wird. Die Fuhrleute hatten in ihrer Vollversammlung am Mittwoch den Schiedsspruch angenommen, da durch ihn die Forderung der Unternehmer, die Löhne um etwa 12 Proz. abzubauen, abgelehnt wird. Nunmehr hat auch die Berliner Fuhrherreninnung am Donnerstag dem Schiedsspruch zugestimmt, so daß damit der Lohnkonflikt im Berliner Fuhrgewerbe beigelegt ist.

Der Konflikt im Einzelhandel.

Am Donnerstag abend nahmen die Funktionäre der Handelsarbeiter Stellung zu der Lohn- und Tarifbewegung im Einzelhandel. Der Brandenburger Genosse Pöhlmeier berichtete eingehend über die Maßnahmen der Warenhäuser K. Wertheim, Liep, Jandori und Kaufhaus des Westens, die die Sätze des Schiedsspruches, den nicht nur die Handelsarbeiter, sondern auch die Unternehmer abgelehnt hatten, einseitig durch Diktat in Anwendung bringen. Bei K. Wertheim in der Königstraße ist man sogar soweit gegangen, Arbeiter zu entlassen, die sich weigerten, nach den neuen Sätzen zu arbeiten. Im Warenhaus Joseph-Neutönn, wo Verhandlungen angebahnt sind, scheint es zu einer Verständigung zu kommen.

Unter den Kaufhäusern ist es nur die Firma Rudolf Herzog, die ihren Handelsarbeitern, die fast alle über 25 Jahre bei ihr beschäftigt sind, nach den Sätzen des Schiedsspruches entlohnt. Dies ist um so härter, wenn man bedenkt, daß danach Arbeiter, die jetzt im Betrieb teilweise bis zu 46 Jahren beschäftigt sind, mit einem Wochenlohn von 36 M. nach Hause gehen müssen, während sie vor dem Kriege 190 M. im Monat oder etwa 42 M. pro Woche hatten.

In mehreren größeren Versammlungen, die bereits eingeleitet sind, soll dem gesamten Personal Aufklärung gegeben werden über die Rechtsverletzung und die einseitige Restlegung der Löhne und Gehälter durch die Firmen. Ebenso ist auch beabsichtigt, das tausende Publikum durch Flugblätter auf den Lohnbruch hinzuweisen.

Die Funktionäre beschäftigten sich gleichzeitig mit der Kündigung des Manteltarifbeschlusses durch die Unternehmer. Sie beschloßen, einen Gegenantrag einzubringen, in dem verlangt wird, daß die reine 48stündige Arbeitszeit eingeführt wird und alle Ausnahmen, die durch den letzten Zwangsschiedsspruch in den Tarif hineinkamen, beseitigt werden.

Genosse Pöhlmeier gab noch zum Schluß bekannt, daß schon eine ganze Anzahl Klagen beim Gewerbegericht eingereicht sind, um den Handelsarbeitern, die einem Abbau ihrer Löhne widersprochen haben, zu ihrem Recht zu verhelfen.

Zum Tarifverhältnis im Schuhmachergerwerbe.

Der Verband der selbständigen Schuhmacher Berlins (Anhang) hat zum 1. April 1926 den am 4. Dezember 1922 geschlossenen Tarifvertrag gekündigt. In den Verhandlungen erklärten sich die Arbeitervertreter mit der Aufhebung des Stückzeitsystems und mit der Kürzung der Zuschläge bei Extrarbeiten einverstanden. Die Herren Annungsmeister wollten aber auch noch die Grundlöhne herabsetzen. Unter diesen Umständen kam kein neuer Vertrag mehr zustande.

Trotzdem besteht im Berliner Schuhmacherhandwerk noch ein Vertragsverhältnis, denn der gekündigte Tarifvertrag wurde seinerzeit für allgemein verbindlich erklärt. Die Aufhebung dieser Allgemeinverbindlichkeit ist bisher nicht erfolgt. Die Bestimmungen des Tarifvertrages erlöschen auch für die Tarifvertragsparteien erst mit der Aufhebung der Allgemeinverbindlichkeit, denn mit dem Zeitpunkt des Eintritts der Allgemeinverbindlichkeit wird der freie Vertrag zu einem Zwangsvertrag und erlangt Gesetzeskraft. Diese Gesetzeskraft kann daher nicht von den Vertragsparteien außer Kraft gesetzt werden, sondern erst durch die Aufhebung der Allgemeinverbindlichkeit des Tarifvertrages durch die Reichsarbeitsverwaltung.

Dieser Standpunkt wird in der Rechtsprechung fast durchweg vertreten. Soweit er nicht geteilt wird, wird jedoch die Nachwirkung der Tarifverträge anerkannt, indem die Bestimmungen eines Tarifvertrages nach Ablauf in die Einzelarbeitsverträge eingehen. Hat demnach ein Tarifvertrag bestanden und ist durch Kündigung erloschen, so gelten dessen Bestimmungen noch

in den Einzelarbeitsverträgen weiter, sofern nicht neue Vereinbarungen getroffen sind.

Nun kommt eine neue „Autorität“ auf dem Gebiete des Arbeitsrechts in der Person des Obermeisters der Berliner Schuhmachervereinigung und Vorsitzenden des Verbandes der selbständigen Schuhmacher des Stadtbezirks Berlin, Herrn Eckerlein, und schreibt in einem Brief an die Firma Mandelbaum, die am Gewerbegericht von ihren Arbeitern auf Zahlung des Feriengeldes für 1926 verklagt wurde, daß die allgemein herrschende Ansicht betr. der Nachwirkung von Tarifverträgen falsch sei. Herr Eckerlein behauptet weiter, der Tarifvertrag vom 4. Dezember 1922 sei nur zustande gekommen unter der Bedingung, daß das bis dahin gültige Ferienabkommen aufgehoben würde. Dabei ist in dem vorhergehenden Tarifvertrage vom 4. September 1922 über die Gewährung von Ferien überhaupt nichts enthalten. Eine Bestimmung im § 6 besagt nur, „Bestehende günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen bleiben bestehen“. Bei Abschluß des Tarifvertrages vom 4. Dezember 1922 bestand also gar kein Ferienabkommen, es konnte somit auch nicht aufgehoben werden. Insofern in einzelnen Betrieben bis zum Abschluß des Tarifvertrages vom 4. Dezember 1922 die Ferien gewährt wurden, wurden sie auch später gewährt. Der rechtliche Anspruch ergab sich aus dem § 6 des Vertrages, der günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen weiter aufrecht erhielt. Die Entscheidung, ob der Anspruch auf Ferien besteht, wird das Gewerbegericht zu treffen haben. Aber Herr Eckerlein sollte mit seinen Behauptungen für die Zukunft etwas vorsichtiger sein und vorher die Tarifverträge einsehen, dann wird er nicht Gefahr laufen, daß, wie in diesem Falle, seine Behauptungen zweifelsfrei als falsch nachgewiesen werden müssen.

Wartezeit beim Teilstreik muß bezahlt werden.

Als in einer Abteilung der Deutschen orthopädischen Werke ein Streik ausgebrochen war, mangelte es an ausreichender Beschäftigung für die Arbeiter in anderen Abteilungen. Die Arbeiter stellten sich der Betriebsleitung zur Verfügung, sie wurden aber an jedem Tage nur einige Stunden beschäftigt und erhielten nur die tatsächlich geleistete Arbeitszeit bezahlt.

Die Arbeiter forderten durch Klage beim Gewerbegericht, daß ihnen auch die Wartezeit bezahlt werde. Das Gericht (Kammer 7) erkannte die Forderung der Klager dem Grunde nach als berechtigt an und befiel sich die Festsetzung der Höhe der Bezahlung für einen späteren Termin vor.

Andere Arbeiter, denen man beim Ausbruch des Streiks gefügt hatte, sie müßten ausziehen, meldeten sich nach dem Streik wieder zur Arbeit, wurden dann aber entlassen. Sie klagten auf Bezahlung der Zeit des Ausziehens. Auch diese Forderung wurde dem Grunde nach als berechtigt anerkannt.

Streik unter dem faschistischen Regime.

Chiasso, 19. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Bergleute der S.M.A. (Gesellschaft der Asphaltgruben der Abruzzen), die wahre Hungerlöhne empfangen, haben, nachdem sie vergebens die faschistische Gewerkschaft in Chiasso, in der sie eingeschrieben sind, zu einer Intervention angerufen haben, zu der Wofse des Streiks gegriffen, die das herrschende Regime längst in der Kumpelkammer untergebracht glaubte. In den Streikzentren sind starke Kräfte der faschistischen Miliz zusammengezogen worden. Die genannte Gesellschaft, die nur scheinbar eine italienische ist, in Wirklichkeit aber von englischem Kapital unterhalten wird, und die solche Hungerlöhne auszahlt, hat ein wirkliches Kapital von 6 Millionen Lire, offiziell aber in der Bilanz nur ein solches von 1 200 000 Lire, auf die die Jahresversammlung von 1926 den Aktionären einen Gewinn von 1 318 437,80 Lire ausgeschüttet hat. Wir sind sehr gespannt darauf, einmal zu erfahren, wie sich die Regierung Mussolini zu der Tatsache stellt, daß diese italienisch-englische Gesellschaft das Asphaltmonopol in den Abruzzen mit Zustimmung eben dieser „nationalen“ Regierung erhalten hat. Die Tatsache jedoch, die dem ausländischen Betrachter auffällig sein muß, ist die, daß trotz des neuen faschistischen Arbeitergesetzes, das den Streik für immer aus Italien verbannen will, die schuldlosen Arbeiter, preisgegeben von der Regierung und von der faschistischen Gewerkschaft, deren Mitglieder sie sind, die Arbeit niederlegen. Das ist das praktische Ergebnis der faschistischen Gewerkschaftspolitik, die Mussolini der Arbeiterschaft der ganzen Welt als ein bewundernswertes Werk vorgestellt hat.

Der Streik ist im Augenblick, da wir diesen Bericht absenden, schon seit neun Tagen im Gange.

Lohnkampf in der südbayerischen Textilindustrie.

München, 20. August. (M.B.) Zur Beilegung der Lohnstreitigkeiten in der südbayerischen Textilindustrie sind neuerlich Verhandlungen unter dem Vorsitz des Landesrichters für Bayern eingeleitet worden.

Konflikt in der chemischen Industrie Norwegens.

Oslo, 20. August. (Eigener Bericht.) Die Tarifverhandlungen in der elektro-chemischen Industrie Norwegens sind ergebnislos abgebrochen worden. Am Sonnabend werden rund 3000 Mann die Arbeit niederlegen.

Verantwortlich für Politik: Dr. Carl Geiger; Wirtschaft: Felix Saltraus; Gewerkschaftsbewegung: A. Schärer; Sozialdemokratie: Dr. John Schilowski; Sozialismus und Sozialisten: Felix Karst; Anzeigen: H. Glaser; Illustration in Berlin: Verlag „Vorwärts“-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhorts-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3. Hierzu 1 Beilage und „Unterhaltung und Wissen“.

Einer sagt's dem andern!



DIE
BACCARAT
IST
NEU
53
GARBÁTY

Wie märkische Kleinstädte aussehen:



Nördlich von dem ausgedehnten Havelländischen Buch und östlich von der viel befahrenen Bahnlinie Berlin-Hamburg liegt das fruchtbare Gebiet der Priegnitz, deren östlicher Teil, die Ostpriegnitz, in Kyritz ihren Mittelpunkt hat. Die Stadt, die etwa 5500 Einwohner zählt, ist durch die von Prignitz nach Neustadt a. d. Dosse führende Seilbahnlinie leicht zu erreichen, die Fahrt, die über Wusterhausen führt, dauert nur ein knappes halbes Stündchen. Ueberhaupt ist die Verbindung der hier im Nordwesten der Mark liegenden Orte untereinander und mit der Hamburger Straße eine recht vielseitige, wenn auch die einzelnen Anfahrsmöglichkeiten in Uebereinstimmung zu bringen nicht immer leicht ist. Zu loben ist, daß der Bahnhof angenehm nahe der Stadt errichtet wurde; man hat nicht, wie in so vielen anderen märkischen Kleinstädten, erst eine ein paar Kilometer lange Straße zu passieren, um zum Zentrum zu gelangen.

Geschichte und Geschichten.

Ziel Lage der Siedlung im Gau Choritz brachte es mit sich, daß das Bistum Havelland die Hand darauf hatte; später übertrug es seine Rechte an die Familie von Bode. Unter ihnen erhielt der Ort 1237 städtische Verfassung und Schiffahrt bis zur Havel — letzteres ein nicht leichtes Problem, da das Wasser des kleinen Fließchens, das an der Stadt vorbeifließt und damals „Gugelig“, jetzt „Dügelig“ heißt, gestaut werden mußte, um flachen Booten überhaupt die Möglichkeit der Fortbewegung zu verschaffen. Aber diese Wasserfahrten waren in den Zeiten, wo die Straßen fehlten, sehr wertvoll, und das Aufblühen von Kyritz in den folgenden Jahrhunderten beruhte zum Teil auf der Verbindung mit den an der See gelegenen Hansestädten. Ende des dreizehnten Jahrhunderts dürfte Kyritz von den Botesen freigekommen sein; 1316 erwirbt es Seen und Dörfer, ein Kloster tut sich auf, Handel und Wandel gedeiht. Aber auch die Scheelsucht des Adels auf die sich bereichernde Stadt: 1381 und 1411 entsponnen sich heftige Kämpfe, bei denen die Gefangennahme eines von Bassewitz eine große Rolle spielt und durch das Basewitz-Fest für weitere Zeiten festgelegt wurde. Der Ritter war mit seinen Knappen durch einen unterirdischen Gang in die Stadt gedrungen, aber die Kyritzer Frauen goßen ihm heißen Brei ins Gesicht, welcher Waffe er in seinem Panzer nicht gewachsen war. Als 1539 die Reformation von der Stadt eingeführt wurde, zogen die Mönche ab; das Kloster ist fast gänzlich verschwunden. Das Tuchmachergewerbe stand in hoher Blüte, ferner wurde ein starkes Bier, „Rord und Lorchlag“ genannt, gebraut. Noch heute erinnert die Weberstraße an die frühere Gewerbetätigkeit, der allerdings im fünfzehnten Jahrhundert Feuersbrünste, Krieg, Pest großen Abbruch taten. Die Stadt ist von 1550 bis 1700 zehnmal abgebrannt; 1626 hauste die Pest, und im Dreißigjährigen Kriege erpöckten Wallensteiner und Schweden

abwechslend Geld und Lebensmittel. Allmählich ging die Stadt zurück: 1800 zählte die Tuchmachergilde noch gerade einen Mann, und selbst die Bierproduktion war von 5000 bis 6000 Tonnen auf 1500 gesunken. Die Bevölkerungsziffer war 1600: 3000, 1790: 2400 Einwohner. Das Landwirtschaftliche trat in den Vordergrund und agrarisch ist auch heute noch Trampel. Von den Geschichten, die das Stadtbuch verzeichnet, hat besondere Berühmtheit die

„Bluttat von Kyritz“

erlangt: die Erschießung zweier Bürger durch die Franzosen im Jahre 1807. Wie meist in den Fällen, wo Leidenschaft und Boreingenommenheit Recht sprechen, haben Unschuldige für die Taten anderer, nicht greifbarer Uebeltäter büßen müssen. In der Zeit nach 1806 zogen versprengte preussische Soldaten in kleinen Trupps verstreut durch die Lande, um unter dem Vorgeben, dem Feinde, den Franzosen, Schaden zuzufügen, Städte und Dörfer, die keine starke



Idyll an der Jßglitz.

feindliche Besatzung besaßen, nach Gütendiensten zu brandtschagen. Wo ein etwas mehr militärisch aussehendes Gegenstück zu den der Güte Material liefernden Soldatenspielerchen und dem Kleinstadtberühmtheiten unserer „vaterländischen“ Jugend. Die Freiweiber, die 1807 sich noch auf die Bildung eines Freikorps durch Schill berufen konnten und seinen Namen mißbrauchten, erschienen am Abend des 31. März in der Zahl von 20 Mann vor Kyritz, aus dem der in jener Gegend kommandierende Franzose Vesebre in Perleberg die Besatzung herausgezogen hatte. Ein „Wachtmeister“ Fischer zeigte einen Befehl Schills vor, daß die in der Stadt befindlichen Uniformstücke des früher dort garnisonierenden Regiments ausgeliefert werden sollten. Das Stadtoberhaupt Justizrat Schrader erklärte, diese Uniformen wären den Franzosen eingehändigt worden, aber der „Wachtmeister“ wußte es besser; der frühere Regiments-Schneider Recke habe noch Uniformen und viel Militärsack zurückbehalten. Das stimmte; Fischer setzte sich in den Besitz dieser Gegenstände. Als er sich entfernen wollte, machte ihm ein „patriotischer“ Diener des Kaufmanns Kersten die Mitteilung, daß im Hause seines Herrn eine größere Geldsumme versteckt sei, die einem Franzosen gebühre. Auch das stimmte: ein französischer Kommissar war in Kyritz gewesen, um Bestellungen zu machen und ein Gefährte von ihm war am 31. März eingetroffen, um die Rechnungen zu begleichen. Da dieser zirka 1500 Laler übrig behielt, hatte er Kersten geweten, das Geld in Verwahrung zu nehmen, was dieser nach Widerstreben tat. Der „Wachtmeister“ war über diese aus „patriotischem“ Herzen kommende Meldung sehr erfreut und zog mit Uniformen und Talern ab. Wie sich später herausstellte, war die Schillische Order gefälscht. Die Stadtermaltung legte den Franzosen den Sachverhalt dar, aber da Napoleon gegen die Freischützer sehr aufgebracht war, mußte ein Exempel statuirt werden. Der finanzielle Verlust mußte mehr als reichlich gedeckt werden; ferner wurden Justizrat Schrader, Kammerer Schulze und Kaufmann Kersten verhaftet. Ersterer erlangte später seine Freiheit wieder; Schulze und Kersten wurden nach einer in französischer Sprache geführten Scheinverhandlung zum Tode verurteilt. Ihre Exekution erfolgte am 8. April, und zwar wurde ein Kommando des deutschen Hilfskorps Napoleons, vom Regiment Nassau-Wisingen, beordert, die Erschießung vorzunehmen.

Die Stadt der Fachwerkhäuser.

Gehen wir durch die hier zwar auch nicht fehlende, aber verhältnismäßig kurze Bahnhofstraße zum Stadtturm, so verbreitert sich unser Weg hinter der Wilhelmstraße zum Markt, der auch teilweise ein ebenes Strohpflaster aufzuweisen hat. Links geht die mit der Wilhelmstraße parallel laufende Hamburger Straße ab; rechts erreichen wir in wenigen Schritten die Kirche. Den Abschluß des Marktes bildet die Friedruchsstraße; hier ist rechts das Rathaus, links die Gewerbe- und Landwirtschaftsbank. Dazwischen auf dem Markt eine städtische Eiche, die nach den Freiheitskriegen gepflanzt wurde. Das Rathaus ist „kastellartig, turmgeschmückt“ — man sieht diesem unschönen Bau die Herkunft aus den fiebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts an. Auch die städtische Marienkirche — dreischiffiger Hallenbau mit erhöhtem Mittelschiff und einschiffigem Chor, in den ältesten (Granit-) Teilen aus dem Anfang des fünfzehnten Jahrhunderts stammend, in den Hauptteilen aber 1708 bis 1714 erneuert — hat in den zwei schlanken Westtürmen, die 1849 zugestügt wurden, keine Verschönerung erfahren — die Türme wirken spielerisch. Von dem Franziskanerkloster ist nach außen sichtbar nur eine Wand am Ende der Wilhelmstraße übrig geblieben — eine Drechslerei hat sich daran gehalten und modernes Leben erfüllt die Stätte, wo einst die Mönche ihr behagliches Leben hatten.

Aber eins hat Kyritz aufzuweisen, was schon den Besuch lohnt: ein paar Fachwerkhäuser in der Wilhelmstraße, von denen zwei die Jahreszahlen 1677 und 1678 tragen. (Diese Häuser wurden „durch ein Wunder“ vor dem Niederbrennen bewahrt.) Man sieht in allen märkischen Kleinstädten wohl noch alte Fachwerkbauten, aber meist sind es sehr kleine, niedrige Häuser, die wie verschämte Arme in der Reihe der reicheren Verwandten stehen. Aber die Kyritzer Häuser sind breit, hoch — zum Teil reich verziert, bemalt, und wenn auch bei dem einen der erste Horizontalsalken sich schon zur Kurve gebogen hat, so steht das Haus doch noch fest auf den Beinen und macht mit seinen Kollegen die Houneurs einer anständigen Architektur. — Schöne alte Bäume findet man in dieser auf flacher Erde gelegenen Landstadt und die Verschönerungsrate haben für Promenaden und Parks gesorgt — im Stadtpark vor der Hamburger Straße befindet sich auch ein Denkmal für die getöteten Bürger Schulze und Kersten. Zu bedauern ist, daß das Stadttinnere nichts

Die Sigurantin.

Roman eines Dienstmädchens von Léon Frapié.

Autorisierte Uebersetzung aus dem Französischen von Rude-Grazia.

Der Vater war auf den Erfolg seiner moralischen Bredensamkeit stolz, und stolz, die Frau seines Sohnes besessen zu haben.

Fumeron der Jüngere war stolz, sich als Mann von erhabener Gesinnung zu zeigen, der hohe Gedankenflüge zu würdigen wußte, und stolz darauf, eine Frau und einen Vater zu haben, die ihn in die Lage brachten, große Empfindungen zu verstehen.

Sie tranken, da sie zu sprechen kaum ein Bedürfnis hatten; ihre strahlende Freude sagte alles: wie, hatten sie nicht den Himmel erklettert!

Besonders der Alte, mit dem ergrauenden Haar, dem Biedermannsgeßicht, war großartig, wie er, das Glas in der Hand, mit schwerer Zunge klang:

„Nichts dagegen zu sagen, die Frau ist es, die den Mann zum König macht.“

Sie lachten vor sich hin, fühlten in sich eine Größe, die die Zeit, den Raum, das Geschlecht umfaßte; überall und immer hatte die Ueberlegenheit der Männer unbestritten geherrschet.

Sich nach solchen Höhen hin bewegend, erreichten sie die äußersten Gipfel: sittliche Betrachtungen wurden ausgetauscht. Es war möglich, daß Fumeron, feierlich von seinem Vater geleitet, hinging, sich der Fatale zu unterwerfen, — allein man hatte Zeit, der Termin blieb noch unbestimmt.

Hierbei gab es notwendigerweise einen schönen ritterlichen Wettsreit, wer die erste Flasche zu zahlen hätte.

„Ich will die das Herz eines Sohnes zeigen!“ erklärte Fumeron.

„Und ich dir meine väterliche Seele!“ entgegnete der Alte.

Dies legte sich ihm ganz hin, da er damit seinen Anspruch, die Autorität des Familienvaters und seine Rechte anrief, zu Ehren des Vaterlandes, unseres schönen Frankreichs, traktieren zu können.

„Meister! Die Flasche habe ich.“

Eine schöne Bewegung nach der Schulter, — und Fumeron-Vater entdeckte, daß er von Virginia ausgeraubert worden war!

Welcher Sturz aus dem Himmel!

Kein Wunder, daß Virginia sich so hartnäckig geweigert

hatte, mit trinken zu gehen. Bei Gott, sie konnte sich davon machen und ohne die Männer trinken.

Aus mit dem Stolz!

„Ach, wie ist der Mann neben der Frau klein! Keine Ueberlegenheit kommt gegen die Falschheit der Frau auf.“

Der Alte schämte sich hauptsächlich für seinen Sohn. Wirklich. Das war Fumeron, der junge, der am tiefsten von seinem Stolz herabgefallen erschien. Er hatte geglaubt, eine liebende Frau mit schöner Begeisterung sein eigen zu nennen, — hatte sie doch seinen Vater aus Adel der Gesinnung mit Uebertragung der Liebe empfangen. Und so empfand er, der Besitzer, ein persönliches Verdrüß: um eine hervorragende Frau zu haben, muß man selbst ein hervorragender Mann sein.

Und statt dessen! . . . Welcher Zusammenbruch. Es war wahrscheinlich, daß das heitere Gemüt Fumerons für immer davon düster besetzt bleiben würde.

Augenblicklich hatte er jede Reinheit des weiblichen Geschlechts verneint:

„Und außerdem, Papa, wirst du sehr auf der Hut sein müssen . . . man weiß niemals, wie man mit ihr dran ist.“

11.

Nach ihrer von Vachsälven unterbrochenen Erzählung hatten die Pissen und die versiegelte Wahrungen enthaltenen Enveloppes der Frau Coqueho reichlichen Absatz gefunden. Dann war sie vor Verlassen der sechsten Etage Sulette in ihre Kammer gefolgt.

Da diese eine veränderte Miene zur Schau trug, sagte ihr Frau Coqueho im Vertrauen auch so manches ganz besondere, und namentlich äußerte sie ihre Ansichten über die Dienstmädchen — als hätte Sulette niemals dem dienenden Stande angehört.

Frau Coqueho setzte sich — lehnte den Rücken an die mit dem feuchten Handtuch geschmückte Stuhllehne und ließ ihre schwarzen Hüftedern hin- und her schaukeln.

„Aus diesem Erlebnis des Vater Fumeron sieht man gleich, daß Virginia früher gedient hat.“

Sie seufzte, konnte aber gegen die Wahrheit nicht ankämpfen, und sprach folgende Weisheit aus:

„Alle, die Männer ausrauben, sind früher Dienstmädchen gewesen.“

Sie trocknete sich die Augen mit einem Finger und glättete die Schmachtslöden mit dem Balsam ihrer Tränen:

„Eine Dienstpersion wird niemals ein taugliches Freudenmädchen. Soviel ist sicher. Das Dienen ist eine schlechte Vorstufe für die Galanterie.“

Sie stand auf:

„Ja, der Dienstmädchenberuf entwürdigt und beschmutzt das galante Leben. . . . Aber was sagen Sie, mein Putzchen, diesmal hätte ich eine Adresse, wie geschaffen für Sie.“

Da wurde Sulette, die von dem Lachen mit den Kameradinnen entfernt war, von einer ungeschunden Neugier gequält, auch war sie gerade verärgert; ihre Herrschaft hatte sie an dem Tag ausgeübt. So gab sie unversehens ihre Zustimmung, am anderen Morgen — es war Ausgehetag — sich bei einem einzelnen Herrn vorzustellen.

„O! Sie wissen, aus bloßer Neugier . . . mehr um mich über ihn lustig zu machen . . . weil ich keinen anderen Spaziergang vor habe.“

„Bravo!“ schrie Frau Coqueho, sich abermals lehend. „Das verpflichtet Sie ja zu nichts, aber man muß sich Rechenenschaft ablegen, bevor man etwas zurückweist. Dieser Herr hat mich beauftragt, ihm eine Wirtschaftlerin, die ein bißchen heiter ist, zu besorgen, und ich halte ihn für sehr reich.“

Eine plötzlich eintretende Pause ließ auf irgendeinen mihlichen Umstand schließen, aber die eben aufgeklappte schwarze Tasche wurde wieder geschlossen.

Die Gute fuhr fort: „Er ist ein Original und ein Schwärmer, redet wie ein Buch, rüsten Sie sich mit Geduld; und er hat eine sehr pugige, fixe Idee, er verwechselt die entlassenen Sträflinge, so daß er sich einbildet, überall weichen zu begegnen. Lassen Sie auf, er wird Sie ohne Zweifel fragen, ob Sie nicht aus dem Gefängnis kommen, ob Sie niemals dritt gewesen sind. Das muß Sie nicht verdrießen, ich sage es nur im Voraus. Er hat sogar an mich die Frage gestellt.“

Die würdige Kupplerin erhob sich und vorm Weggehen tappte sie mechanisch nach Sulettes Brüsten, wie eine Händlerin, die ihre Auslagen ordnet.

„Dieser Herr muß früher mal etwas mit einer Strafsacke zu tun gehabt haben; das muß ihm schließlich zu Kopf gestiegen sein. Aber, meine liebe Kleine, ich brauche es Ihnen nicht erst zu sagen, für eine junge vernünftige Person, die an die Zukunft denkt, ist ein so alter, ein bißchen übergeschnappter Herr das Ideal!“

Der Klient der Frau Coqueho bewohnte ein vornehmes Parterre im Quartier de l'Étoile. Er hatte das Aussehen eines etwa sechzigjährigen „Sportsman“ von kräftiger, hoher Gestalt, ein von „American Drinks“ gerötetes Gesicht mit gelblichen, rotunterlaufnen Augen, gekrümmter Nase, trug den dunkelbraun gefärbten Schnurbart auf soldatische Manier.

Sulette traf ihn, zum Ausgehen bereit.

(Fortsetzung folgt.)

von dem vorbeischießenden Blitzen hat (etwas, was z. B. Lindenmalde sehr malerische Wirkungen verschafft). Daß die Strahlenrinne noch dunkel, ist eine Eigentümlichkeit vieler märkischer Orte — dem Städter wäre ein Geruch nach Pferd und Kuh lieber!

Politisch ist das Vorherrschende agrarischer Gesinnung begreiflich. Eine einzige größere Fabrik (Städter-) beschäftigt 150 (im Winter 300) Mann; das Spandauer Pappelwerk wird auch hier (wie z. B. in Neuruppin) fleißig gelesen. Bei einer Neuwahl dürfte aber auch die nordmärkische Reaktion eine Niederlage nach medienburgischem Vorbilde erleiden; gegen Ideen helfen auch die Kleintalber-Wettkämpfe des Husterhaufener Jugendlandbundes in seinem neu eröffneten Schießstand am nahen Kiempowsee nichts.

Zur Linderung der Wohnungsnot.

Die Stadtverordnetenversammlung hatte am 1. Juli eine Reihe von Maßnahmen zur Linderung der Wohnungsnot beschlossen. Der Magistrat ist diesen Maßnahmen jetzt beigetreten mit folgenden Ergänzungen bzw. Erläuterungen:

Der Beschluß sah die Einstellung von 25 Millionen in den Haushalt für 1926 vor, um den Bau von Wohnungen für unbemittelte und kinderreiche Familien zu ermöglichen. Die Summe sollte in Form von Zuschüssen der staatlichen Hauszinssteuer und von Vorleihen zur Instandsetzung von Altmwohnungen sowie als Arbeitsgehilfen gewährte Darlehen. Der Magistrat will die 25 Millionen bewilligen. 15 Millionen davon sollen als Zuschüsse an den Bau von Wohnungen für unbemittelte und kinderreiche Familien umgebend bereitgestellt werden. Ferner sollen verhandelt werden: 1 1/2 Millionen Mark als Arbeitsgehilfen für wohnungsbedürftige städtische Beamte, Angestellte und Arbeiter, 200.000 Mark als zinslose Vorleihen für erblindete Kriegsteilnehmer und 2 Millionen Mark als Darlehen zur Wiederherstellung von Verfallswohnungen. Diese letzteren Beiträge sollen in Form einer Anleihe bei der städtischen Sparkasse ausgenommen und von den zuständigen Verwaltungen allmählich nach Maßgabe des tatsächlich eintretenden Bedarfs angefordert werden. Der dann noch verbleibende Rest von 6,27 Millionen Mark soll zum Februar 1927 für Zuckerpfandbriefe des nächsten Baujahres bereitgestellt werden, um zu diesem Zeitpunkt bei Übergang in das neue Haushaltsjahr eine Unterbrechung der Bautätigkeit zu vermeiden. Die Stadtverordneten hatten ferner beschlossen, den Baustoffwucher dadurch zu bekämpfen, daß Kartelle der Produzenten, die die Hochhaltung der Baustoffpreise bezwecken, Kartelle der Konsumenten entgegenzustellen seien. Der Magistrat sollte geeignete Vorschläge machen, um bei der Baustoffbeschaffung die städtischen Produktionsstätten möglichst zu berücksichtigen. Da der Stadt jegliche rechtliche Handhabung oder ein sonstwie gearteter Einfluß zur Bekämpfung des Baustoffwuchers in der in dem Beschlusse der Stadtverordnetenversammlung vom 1. Juli 1926 gekennzeichneten Art fehlt, hat der Magistrat die Wohnungsfürsorgegesellschaft angewiesen, die von ihr bisher bewirkte Vermittlung von Baustoffen an die ausführenden Firmen beizubehalten, um so, wenn nötig, etwa in die Erscheinung tretenden Preistreiber entgegenzuwirken zu können.

Der Magistrat hat ferner beschlossen, bei dem Bau von Wohnungen in geschlossenen Blöcken größeren Umfangs einen etwa dadurch entstehenden Bedarf an Schulgrundstücken in Berücksichtigung zu ziehen. Die Neuschaffung von Schulräumen selbst ist von Fall zu Fall durch Fühlungnahme der Deputation für das Siedlungs- und Wohnungswesen mit der Schuldeputation vorzubereiten.

Den übrigen Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung ist der Magistrat beigetreten, insbesondere der Unterstützung des Kleinwohnungsbaus durch Bereitstellung billigen Bougelandes durch die Stadt und dessen gemeinwirtschaftliche Bindung durch das Erbbaurecht sowie durch Erwerb weiterer geeigneter Siedlungsgrundstücke durch die Stadt. Auch dem Ersuchen der Stadtverordnetenversammlung hat der Magistrat zugestimmt, die städtischen Werte anzuhohen, den Kleinwohnungsbau durch billige Berechnung und, falls nötig, durch Stundung der Anschlaggebühren zu fördern. Das gleiche soll auch beim Straßenbau und bei der Anlage der Kanalisation erfolgen.

Der Magistrat hat der Stadtverordnetenversammlung eine entsprechende Vorlage zur Kenntnisnahme zugehen lassen.

Der „Drang zum Stehlen“.

Aus dem Leben einer Taschendiebin.

Eine unverbesserliche Taschendiebin ist die frühere Laborantin Gertrud Wolff, die vor der Ferienstrafkammer des Landgerichts I sich zu verantworten hatte. Zuerst machte die Angeklagte insbesondere durch eine dreifache Flucht von sich reden. Sie war eines Tages von zwei Beamten vom Gefängnis in ihre Wohnung geführt worden, um dort nach dem rechten zu sehen. Hier benutzte sie nun einen günstigen Augenblick, um die Türschlüssel an sich zu bringen, auf den Treppentur zu laufen und die Korridortür zuzuschließen, so daß die Beamten in der Wohnung gefangen waren. Erst durch Zertrümmern der Türöffnung gelang es ihnen, sich zu befreien und der Angeklagten nachzufolgen, die natürlich schon verschwunden war. Als die Wolff in München, wohin sie geflüchtet war, einen neuen Taschendiebstahl ausführte, wurde sie aufs neue verhaftet und dann nach Berlin zurückgebracht. Die Wolff ist eine alte Taschendiebin, deren Spezialität es ist, in der Untergrundbahn, in Straßenbahnen und im Straßengebränge Damen die Geldtaschen zu stehlen. Wiederholt ist sie deswegen schon vorbestraft worden. Auch in Köln, wohin sie mit ihrem von ihr schon längst geschiedenen Mann übergesiedelt war, wurde sie wegen gemeinschaftlichen Taschendiebstahls mit diesem zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt. Hier hatten die Gerichte auf 2 Jahre 6 Monate und dann auf 1 Jahr Gefängnis gegen sie erkannt. Gegen das letzte Urteil hatte die Wolff Berufung eingelegt, indem sie behauptete, daß sie zu gewissen Zeiten einen „unwiderstehlichen Drang“ spüre, sich fremde Geldtaschen aneignen. Sie war daraufhin in der Kaiserhof-Irrenanstalt auf ihren Geisteszustand untersucht worden. Der Arzt Dr. Panje begutachtete, daß es vorkomme, daß Frauen zu gewissen Zeiten einen Drang zum Stehlen spüren, bei der Angeklagten jedoch nicht der geringste Anhaltspunkt dafür vorzufinden worden sei. Viele Taschendiebinen müssen, daß manche Gerichte deswegen in verschiedenen Fällen die Anwendbarkeit des § 1 bestimmt haben. Das habe sich wohl die Angeklagte zunutze machen wollen. Ihre Berufung wurde deshalb verworfen.

Der Peiniger eines Waisenkindes.

In geradezu barbarische Zustände leuchtete eine Verhandlung vor dem erweiterten Schöffengericht Berlin-Lichtenberg hinein. Angelagt war wegen fortgesetzten Sittlichkeitsverbrechens und wegen Beleidigung der 34 Jahre alte Landwirt Reinhard Reichert aus Hohenstein bei Strausberg. Mit ihm angelagt war seine Ehefrau Helene, der gefährliche Körperverletzung und Beleidigung zur Last gelegt wurde.

Am September des Jahres 1923 war die damals 16 Jahre alte Berta Lehmann, ein Waisenkind, zu den Eheleuten aus Gut gekommen. Da sie ohne jeden Anhang war, hatte der Landwirt sich verpflichtet, das Mädchen wie sein eigenes Kind zu behandeln, und die Stelle eines Erziehers zu übernehmen. Das geistig etwas zurückgebliebene Mädchen wurde nun in der rohesten Weise behandelt und ohne einen Pfennig Entgelt mit den Arbeiten eines Hausmädchens betraut. Die Ehefrau des Landwirts belegte sie mit den gemeinsten Schimpfwörtern und schlug es aus nichtigen Anlässen in ganz unmenschlicher Weise mit einem Ochsenziemer, einem Militärpaten oder einer ricken Kante, so daß tagelang nachher noch Muttermilch, grün und blau verfärbte Stellen, die von den rohen Schlägen herrührten, auf dem

War es wirklich ein Anschlag?

Auf der Suche. — Und die Meinung der Eisenbahnsachleute.

Mit fieberhafter Tätigkeit arbeitet die Kriminalpolizei im Verein mit den zuständigen Landjägerposten und der Ueberwachungsabteilung der Reichsbahndirektion Hannover, um der Eisenbahnkatasrophe, die die Katastrophe von Leiferde verursacht haben, habhaft zu werden. Wie es heißt, verfolgt man zurzeit vier Spuren. Vor allen Dingen bedeutet es schon einen gewissen Fortschritt in den Ermittlungen, daß die Herkunft der zur Lösung der Schienen verwandten Werkzeuge, die bekanntlich von dem einem privaten Unternehmer übertragenen Brückenbau bei Meinerßen stammen, festgestellt werden konnte. Die Nachforschungen darüber, wie diese Schraubenschlüssel unbemerkt von dieser Arbeitsstelle gestohlen worden sind, sind noch im Gange. Ebenso werden in Anbetracht der Vermutungen, daß es sich um den Kochrest eines entlassenen Eisenbahners handeln könnte (D. Red.), bei allen in Frage kommenden Dienststellen des Reichsbahndirektionsbezirks Hannover wie auch der angrenzenden Bezirke Ermittlungen darüber angestellt, wo und unter welchen Umständen in der letzten Zeit eine Entlassung vorgenommen worden ist. Die Katastrophe bei Leiferde beschäftigt auch die Berliner Kriminalpolizei. Das Verbrechen wird von der Landeskriminalpolizei Hannover bearbeitet. Die Berliner Behörde hat keine Beamten entsandt. Es sind aber auch hier Anzeigen gegen verdächtige Personen eingegangen. Diese bearbeitet Kriminalkommissar Dost von der Kriminalinspektion H. im Zimmer 108 des Polizeipräsidiums. Die bisher nachgeprüften Anzeigen erwiesen sich als nicht stichhaltig.

Die Entschädigung der durch das Eisenbahnunglück bei Leiferde Verletzten sowie die Entschädigung der Hinterbliebenen der Todesopfer ist von der Reichsbahngesellschaft vorläufig dahin entschieden worden, daß ganz unabhängig davon, ob ein Attentat vorliegt oder nicht, Entschädigungen gezahlt werden. Angemessene Anforderungen der Verletzten und Hinterbliebenen werden also genau so behandelt, wie das bei einem gewöhnlichen Eisenbahnunglück, bei dem keine höhere Gewalt vorliegt, der Fall ist.

Die Strecke heute nacht wieder fahrbar.

Die Aufräumarbeiten an der Unglücksstelle beim Block 169 sind im Laufe des gestrigen Freitags soweit vorgeschritten, daß noch in der Nacht zum heutigen Samstag der Verkehr auf dieser Strecke in beiden Richtungen wieder aufgenommen werden kann. Eingegangen anderslautenden Meldungen sei noch darauf hingewiesen, daß an der Unfallstelle selbst keine weiteren Opfer mehr gefunden worden sind. Die 19 Toten, die aus den zertrümmerten Wagen geborgen worden sind (zwei sind im Krankenhaus gestorben), wurden sämtlich nach Vertheil überführt und dort im Bahnhofsgebäude aufgebahrt. Fünfehn von ihnen sind bereits im Laufe des gestrigen Tages von ihren Angehörigen abgeholt und in die verschiedenen Heimatoorte abtransportiert worden.

Was Sachleute sagen.

Aus gewerkschaftlichen Kreisen wird uns geschrieben: Die Reichsbahngesellschaft führt die furchtbare Katastrophe bei Leiferde auf einen verbrecherischen Anschlag zurück, ohne daß sie einen schlüssigen Beweis für ihre Behauptung bis jetzt erbracht hat. In Kreisen der Reichsbahn hat man die Mutmaßung, die Katastrophe könne mit dem Personalabbau in Zusammenhang stehen, mit Recht von der Hand gewiesen, da der Personalabbau schon zu lange zurückliegt. Demnach kämen nur Entlassungen von Eisenbahnarbeitern längeren Datums in Frage. Nun stellt aber die Reichsbahn erfahrungsgemäß während der gegenwärtigen Saison Arbeiter neu ein. Mit dieser Uebung hat sie auch in diesem Jahre nicht gebrochen. Sollte also die Katastrophe bei Leiferde auf den Nachhall eines entlassenen Arbeiters zurückzuführen sein, so müßte sich der Verdacht automatisch auf einen ganz bestimmten Kreis von Personen oder, was wahrscheinlicher ist, auf eine Person lenken, die man aus irgendwelchen Gründen entlassen hat. Wir glauben kaum, daß sich ein Arbeiter, wenn er sich wirklich für seine Entlassung rächen wollte, einem solchen Verdacht aussetzt, der ohne Zweifel in Kürze zu seiner Ueberführung führen muß. Psychologisch ist es auch nicht haltbar, daß sich der entlassene Mann an einem fahrenden D-Zug, sozulagen an der Materie rächt, die eine Befriedigung seines persönlichen Rachegefühls nicht bietet. Wenn die Schrauben an dem in Frage kommenden Schienenstoß wirklich von einem Menschen in der Absicht gelöst worden sind, den mit 90 Kilometer dahinfliegenden Zug zur Entgleisung zu bringen, so kann nur ein Mensch einigermassen Motiv für diese Tat sein. Nun sind aber sämtliche Sachleute einschließlich des Generaldirektors Dr. Dörmüller, der als jahrelanger Dezernent für Eisenbahnüberbau sicherlich Sachmann ist, der Auffassung, daß die Lösung des Schienenstranges, selbst wenn eine in längerer Zeit vorzunehmende Verankerung der Schraube vor sich gegangen ist, nicht von einem Menschen vorgenommen werden konnte; es kommen mindestens für die Tat zwei Menschen in Frage. Man kann sich nun einen wohnsinnigen Menschen vorstellen, der die Energie für diese furchtbare Tat aufbrachte, nicht aber zwei Menschen.

ganzen Körper zu sehen waren. Der Landwirt mißbrauchte sein Recht als Erzieher in einer schändlichen Weise. Er verging sich wiederholt an dem Mädchen und traktierte es ebenfalls wie seine Ehefrau mit den unflätigsten Schimpfwörtern. Ueber zwei Jahre war das bedauernde Mädchen bei dem Landwirt, dem es schließlich im Dezember vorigen Jahres nach einer neuen Verurteilung in der Nacht davonlaufen war. Die beiden Angeklagten stritten alles ab und wollten sich nicht strafbar gemacht haben. Das Gericht war jedoch nach Vernehmung mehrerer Zeugen anderer Meinung und kam zu einer Bestrafung. Der Ehemann erhielt wegen fortgesetzten Sittlichkeitsverbrechens in seiner Eigenschaft als Erzieher und wegen Beleidigung 8 Monate Gefängnis und 50 Mark Geldstrafe. Bei Zahlung einer Buße von 800 Mark in vier Monaten wurde ihm für die Freiheitsstrafe eine dreijährige Bewährungsfrist erteilt. Die Ehefrau wurde wegen gefährlicher Körperverletzung und Beleidigung zu insgesamt 500 Mark Geldstrafe verurteilt. Die 800 Mark Buße, die der laubere Bürche natürlich händereibend bezahlen wird, und die Bewährungsfrist sind absolut kein Ausweis für die durchaus berechtigten 8 Monate Gefängnis. Diese Robeiten und Untaten sind so abscheulich, daß es ihrem Vererber durchaus nichts schadet, weiter mehrere Monate bei Wasser und Brot über seine Gemeinheiten nachdenken zu dürfen. Zu Vergleichszwecken sollte man sich dieses milde Urteil merken.

Sehe um jeden Preis.

Der Gauvorstand Berlin-Brandenburg des Reichsbanners bittet uns mitzuteilen:

Der „Jungdeutsche“, das Organ des Jungdeutschen Bundes, berichtet in seiner Ausgabe, daß in Gattersdorf in der Pracht der dem Jungbo angehörige landwirtschaftliche Arbeiter Janzen von dem Arbeiter Freitag, der dem Reichsbanner angehört, mit einem Pumpenschlüssel erschlagen worden ist. Der „Jungdeutsche“ unterrichtet der Tat politische Bemerkungen und bemerkt dazu, wie weit die Folge der in den Reihen des Reichsbanners geübten politischen Hege gegen Andersdenkende sich auswirkt. Wie die Bundesleitung auf dem Wege über die Gauleitung Kiel festgesetzt hat, trifft es zu, daß Freitag Mitglied des Reichsbanners ist. Der Tat liegen jedoch keine politischen Motive zugrunde, es

so fehlt für das Verbrechen jedes Motiv, da politischer Anschlag oder Raubüberfall nicht in Frage kommen. Ueber der furchtbaren Katastrophe liegt also vorläufig der Schleier des Geheimnisses. Man hat die Schrauben unbeschädigt auf den Schwellen liegend gefunden und in kurzer Entfernung davon Spezialwerkzeug, wie es nur bei der Eisenbahn gebraucht wird. An der Strecke selbst, die von der Reichsbahn als eine der besten in Deutschland geschätzt wird, soll seit Monaten keine Reparatur vorgenommen worden sein. Die Strecke wird auch täglich zweimal begangen und eine Unordnung hätte sicher in kürzester Zeit festgestellt werden müssen. Wer weiß, welcher unglückselige Zufall zur Katastrophe geführt hat. Solange diese Frage nicht geklärt ist, ist es unverantwortlich, von den entlassenen Eisenbahnarbeitern als Attentäter zu sprechen. Tut man es doch, so erinnert das verteuert an gewisse Abwägungsmethoden, die immer wieder bei ähnlichen Vorfällen unangebracht in Erscheinung treten. Bismarck sollte mit aller Energie die Untersuchung weiter betrieben werden, damit Klarheit geschaffen wird, die für eine Verhütung kommender Unfälle brauchbar ist.

Von anderer Seite der sachmännischen Eisenbahnsachleute werden die gestern hier wiedergegebenen Äußerungen des Generaldirektors der Reichsbahn Dr. Dörmüller einer Kritik unterzogen. Es heißt in der Zeitschrift u. a.:

In seinen Mitteilungen an die Presse hat sich der stellvertretende Generaldirektor der Reichsbahngesellschaft dagegen gewandt, daß der Anfall in irgendwelche Beziehungen zu dem erfolgten Personalabbau gesetzt werde und hat dabei angegeben, daß durch den Personalabbau der Nachtregulierung die Zahl der Streckenbegleitungen, die früher zweimal am Tage und einmal in der Nacht vorgenommen wurden, aus Sparsamkeitsgründen reduziert worden sind. Diese Maßnahme sei schon vor dem eigentlichen Personalabbau im Jahre 1922 durchgeführt worden. Hierzu muß festgestellt werden, daß der Personalabbau anordnende Erlaß des Reichsbahnpräsidenten vom 31. Dezember 1922 trägt (Befehl Nr. E. VIII. 87. Datum des 27. 581), zu welcher Zeit der Personalabbau bei der Reichsbahn bereits eingeleitet hatte. Es handelt sich also um alle Fälle um eine Maßnahme, durch die Personal erspart werden sollte. Es ist nicht zu verkennen, daß der gegen früher sowohl seiner Bauart als auch seiner Lagerung nach wesentlich verbesserte und verstärkte Oberbau eine größere Sicherheit gegen Beschädigungen im Betriebe aufweist, daß aber auch der stärkste Oberbau keinen Schutz gewährt kann, wenn verbrecherische Eingriffe vorgenommen werden. Deshalb lag in der nächtlichen Kontrolle der Strecke zweifellos eine höhere Sicherheit, die durch die Einstellung der nächtlichen Kontrollgänge weggefallen ist. Es ist selbstverständlich, daß der die Kontrolle ausführende Beamte mit einer Laterne ausgerüstet war und nicht im Dunkeln, nur um formell seiner Pflicht zu genügen, herumließ. Er war also durchaus imstande, Schäden zu entdecken. Es hätte in der nächtlichen Stille jedenfalls ein Herumbastieren mit eiserne Werkzeugen — und nur solche kommen in Frage — weihen gehört werden müssen. Jeder Sachkundige weiß das. Auf alle Fälle mußte die nächtliche Streckenbegleitung abkürzend auf Leute wirken, die verbrecherische Eingriffe vorhaben. Inwiefern hat die Personalabbauende Maßnahme der Verwaltung zum mindesten die Betriebssicherheit nicht gefördert.

Der Generaldirektor Dörmüller nennt als Grund zum Fortfall der nächtlichen Streckenbegleitung, daß diese nach den Erfahrungen keinen rechten Zweck gehabt hätte, weil die revidierenden Beamten nicht voranschrittgemäß zwischen den Schienen auf dem Schotter, sondern auf dem schmalen Fußweg daneben ihre nächtlichen Gänge ausgeführt hätten. Gegen eine solche Darstellung muß sich das Personal mit aller Energie wenden. Dadurch wird Miß und klar der Vorwurf erhoben, daß die revidierenden Beamten nicht ihre Pflicht getan hätten. Selbst wenn einzelne solcher Fälle vorgekommen sein sollten, so hat doch jeder im Betriebe erfahrene Eisenbahner das typische Bild des Streckenläufers vor sich, der mit Werkzeug und Signalmitteln ausgerüstet in Regen und Sturm, bei Kälte und Hitze, zwischen den Schienen und Schwellen zu Schwelle dahinmarschiert, die Augen unablässig auf den Oberbau gerichtet. Auf dem schmalen Fußweg neben dem Gleise bei Nacht zu gehen, hatten die Beamten schon deshalb keine Veranlassung, weil man zwischen den Schienen und Schwellen zu Schwelle viel sicherer und angenehmer schreitet. Jeder, der jemals zwischen Eisenbahnschienen gelaufen ist, wird wissen, daß die Oberfläche der Schwellen vollkommen freiliegt und mindestens eine Handbreite über dem Schotter, so daß man beim Marschieren in der Mitte zwischen den Schienen überhaupt nicht den Schotter zu begehen braucht. Dadurch richtet sich die Darstellung des Generaldirektors von selbst.

Es werden in den oben wiedergegebenen Zuschriften Vorwürfe erhoben, die von der Reichsbahndirektion nicht mit einem Ahlfeldynden erledigt werden dürfen. Zunächst gilt jedenfalls als festgestellt, daß der Beweis für ein Attentat noch nicht überzeugend geführt werden konnte. Aber auch in diesem Falle würde sich die Reichsbahn gegen den Vorwurf der nicht genügend kontrollierten Strecke zu wehren haben. Die Untersuchung muß deshalb auch nach dieser Richtung hin mit aller Gründlichkeit geführt werden.

handelt sich vielmehr um einen reinen Wirtschaustreit, zu dem Janzen selbst die Veranlassung gegeben hat. Die Bezirks- und Gauleitung steht selbstverständlich auf dem Boden der Erklärung des Bundesvorsitzenden Hörsing in Nürnberg und werden das Erforderliche veranlassen.

Wenn der „Jungdeutsche“ die Tat auf die im Reichsbanner geübte sozialistische Hege zurückführt, so ist das eine nichtswürdige Behauptung, die von einem erfahrungsgemäß gering entwickelten Verantwortlichkeitsgefühl der Schriftleitung des „Jungdeutschen“ zeugt.

Der Kartennischer im Holzkasten.

Boraurf Erfinder doch kommen! Hat da ein Mann die Notwendigkeit erkannt, den Statisthaltern die Ruhe des Kartennischen durch einen kleinen Apparat abzunehmen. In die Öffnung eines kleinen Holzkästchens legt man die 32 Kartenblätter hinein, dreht einige Male an einer Kurbel und schon erscheinen die Karten unbedeutend zuverlässig gemischt in Paketen zu dreimal zehn Stück, zwei Karten bleiben für den Stat. übrig. Der Apparat ist gedanklich sehr einfach durchgearbeitet. Seine fabrikmäßige Herstellung steht in Aussicht, wenn jemand dem Erfinder mit Geld unter die Arme greift. Der Erfinder versichert uns, daß er den Apparat zum Patent angemeldet hat und daß für derartige Apparate bisher weder ein Patent erteilt noch eine Anmeldung dafür vorlag.

Die nächste Sitzung der Stadtverordneten nach den Ferien findet am Dienstag, den 7. September, nachmittags 4 1/2 Uhr, statt.

Zwei Feuerwehrleute veriebt. Bei Reparaturarbeiten an einer Motorpumpe in den Zentralwerkstätten der Feuerwehr in der Schönlanter Straße sprang das Schwungrad entzwei. Die beiden Feuerwehrmänner Keschke und Ebel wurden von herumschlagenden Eisenteilen getroffen und mit erheblichen Verletzungen in das Krankenhaus am Friedrichshain eingeliefert.

Belehrungsausschuß Groß-Berlin. Zu den Volkswahlprüfungen für Winderbeimittel in der Städtischen Oper sind noch einige Karten zu Sonnabend, den 21. und Sonntag, den 22. August zu haben im Bureau des Belehrungsausschusses, Lindenstr. 8, 2. Hof II, Zimmer 8.

Die deutsche Wirtschaftslage.

Börse, Hausse und Arbeitslosigkeit.

Als zu Anfang dieses Jahres in der Denkschrift des Reichsverbandes der deutschen Industrie die deutsche Wirtschaftslage mit äußerstem Pessimismus gekennzeichnet wurde, indem man von einer Zerstörung der Grundlagen unserer Wirtschaft sprach, waren es die Gewerkschaften, die in ihrer Gegenwartschrift diesen Übertreibungen entgegentraten. Nicht eine Zerstörung der Grundlagen, d. h. der produktiven Kräfte offenbart die gegenwärtige Krise, sondern nur eine ernste Störung des Produktionsprozesses, die ausgeht von Störungen in der Zirkulation, hervorgerufen durch den Mangel an Kaufkraft der großen Masse der Bevölkerung, von einer solchen Verwendung des Sozialproduktes, so lautet damals das Urteil der Gewerkschaftsdenkschrift. Wie haben sich nun die Dinge in den ersten acht Monaten dieses Jahres entwickelt? Trotz heftiger Krisenerscheinungen, die insbesondere die Sorge um die Arbeitslosigkeit immer mehr in den Vordergrund gerückt haben, haben nach allen statistischen Anhaltspunkten, die gegeben sind, sich die Kurven der Produktion und der Umsätze in der deutschen Volkswirtschaft weiter aufwärts entwickelt.

Von einer Zerstörung der Grundlagen unserer Wirtschaft spricht heute kaum noch irgend ein ernsthafter Beurteiler.

Es besteht Anlaß, anzunehmen, daß das Sozialprodukt von 1926 eher größer sein wird, als das Sozialprodukt des vorangegangenen Jahres. Aber trotz alledem klafft es nicht in unserer Wirtschaft, die keinen Verbesserungen der Arbeitslosenzahlen in den letzten Wochen können nicht darüber hinwegtäuschen, daß noch immer annähernd 2 Millionen arbeitswillige Menschen zum Teil verurteilt sind, und daß annähernd ebensoviel Arbeiter und Arbeiterinnen durch Kurzarbeit in der Bewertung ihrer Arbeitskraft gekümmert sind. Die schweren Störungen des Wirtschaftsapparates sind also keineswegs überwunden, und so wenig angebracht eine übertriebene Schwarzmalerei ist, so verhängnisvoll wäre es auf der anderen Seite, sich Illusionen hinzugeben über die herrschende wirtschaftliche Krise, die ihren Ausdruck in der sozialen Not von Millionen findet.

Gerade in diesen letzten Wochen macht sich in diesen Wirtschaftsbewertungen ein unverlässlicher Optimismus bemerkbar, der die Gefahr in sich birgt, den Druck zu verringern, der von allen Seiten angewendet werden muß, um das großzügig aufgestellte Programm der Arbeitsbeschaffung aus den Ätten in die Wirklichkeit zu übertragen.

Diese Welle des Optimismus geht von der Börse aus.

Die Aktienkurse an den deutschen Börsen sind in ständige Anstiegen begriffen, sie haben sich seit Beginn des Jahres 1926 reichlich verdoppelt. Auch die Kurse für festverzinsliche Anleihen und Pfandbriefe sind seit dem Jahresanfang um rund 40 Proz. gestiegen. Bei einer Reihe von bevorzugten Aktienwerten, insbesondere bei den Aktien der chemischen Großindustrie geht die Kurssteigerung noch weit über das Durchschnittsmäß hinaus. Die Kapitalgewinne, die durch die Börsenkurssteigerungen vor den Besitzern der Wertpapiere oder wenigstens bei einem Teil dieser Besitzer realisiert werden, führen zunächst zu einer gewissen Belebung des Luxuskonsums, die man an verschiedenen Stellen feststellen kann. Uns interessiert aber in diesem Zusammenhange vor allem die Frage, wie sich das optimistische Urteil der Börsen über die Aussichten der deutschen Industrie, das in der Kursbewegung seinen Ausdruck findet, zu der Realität der krisenhaften Lage am Arbeitsmarkt verhält. Gewiß spielen bei der Börsenbewegung mancherlei Augenblickseinflüsse, die Spekulation, die Liquidität der Kreditbeschaffung für Börsenspekulanten u. dergl. eine Rolle. Aber eine so anhaltende Aufwärtsbewegung der Aktienkurse, wie wir sie in diesem Jahre erlebt haben, ist doch nur möglich, wenn sie getragen ist von der

Erwartung einer Besserung der Rentabilität der Unternehmen.

deren Werte an der Börse umgesetzt werden. Auch die Tatsache, daß z. B. die großen Banken jetzt zu erheblichen Kapitalerhöhungen schreiten, zeugt von ihrem Vertrauen, für erhöhte Kapitalien mindestens die bisher bezahlten Dividenden herauszuschütten zu können. Wir können also den Optimismus der Börse insofern nicht als unbegründet bezeichnen, als er die Erwartung einer besseren Rentabilität der deutschen Großunternehmen ausdrückt. Der Prozeß der Vereinigung der deutschen Wirtschaft, der Rationalisierung der Betriebe und der Konzentration in den Gewerben, der noch keineswegs zum Abschluß gekommen ist, aber doch im letzten Jahre ein großes Stück vorwärts getrieben worden ist, heizt die Fröhlichkeit zu tragen und zwar gerade auf dem Gebiete, das die Börse allein interessiert, auf dem Gebiete der Kapitalrente.

Ganz anders sieht das Konjunkturbild aus, wenn man es nicht einseitig unter dem Gesichtspunkte der Entwicklung der Kapitalrente betrachtet, sondern wenn man die Frage für die Gesamtwirtschaft aufwirft, nämlich die Frage nach der

Entwicklung des Massenwohlstandes

in der gleichen Periode. Die ungeheure Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter, d. h. derjenigen Teile der Bevölkerung, deren Einkommen auf ein Existenzminimum herabgedrückt ist, die Entwicklung der Reallohnrate, die infolge der Steigerung der Mieten und infolge einer stellenweise durchgeführten Senkung der Nominallöhne sich eher verschlechtert als verbessert haben, zeigen, daß der Massenwohlstand sich durchaus nicht in der gleichen Richtung entwickelt hat wie die Aussichten der Kapitalrentabilität der Großunternehmen, die in der Börsenbewegung sich spiegeln.

In Aufschwungsperioden begegnet sich die Besserung der Kapitalrentabilität mit der Hebung des Massenwohlstandes. Die beiden Bewegungen sind zwar niemals parallel, vielmehr gehört ihr Auseinandergehen dem Gerade nach auf einer gewissen Stufe der Konjunktur zu den Ursachen der Krisen, die der Aufschwungsperiode zu folgen pflegen. Aber in der Aufschwungsperiode als Ganzes gehen doch normalerweise sowohl der Massenwohlstand als auch die Rentabilität nach oben. Von einer Überwindung der gegenwärtigen deutschen Wirtschaftskrise wird man also, sofern man nicht die Börse, sondern die Volkswirtschaft zum Ausgangspunkt nimmt, erst dann sprechen dürfen, wenn sich der Massenwohlstand wirklich verbessert, wozu in erster Linie die Aufhebung der Reservearmee der Arbeitslosen gehört. Woran liegt es nun, daß wir gegenwärtig eine Periode der steigenden Rentabilität der Großunternehmen ohne eine Hebung des Massenwohlstandes erleben? Man wird die Antwort darauf im wesentlichen in einer Betrachtung der

N Auswirkungen des Prozesses der Rationalisierung

suchen haben. Rationalisierung bedeutet Senkung der Produktionskosten durch technische oder organisatorische Fortschritte. Diese Fortschritte legen fast immer zunächst Arbeitskräfte frei. Wenn sich nun die Produktionskosten senkung in eine entsprechende Preis senkung, so erweitert sich der Absatzmarkt, es folgt der Verbilligung die Erweiterung der Produktion und damit die Wiederaufnahme der freigesetzten Arbeitskräfte, wenn auch vielfach an anderen Stellen der Produktion. Ist dieser Kreislauf

Rationalisierung, Verbilligung der Selbstkosten, Freisetzung von Arbeitskräften, Preis senkung, Erweiterung des Absatzes, Wiederaufnahme der Arbeitskräfte, geschlossen, so ist sein Ergebnis eine Hebung des Massenwohlstandes, eine gute Konjunktur, steigender Massenwohlstand und steigende Kapitalrente. Gegenwärtig nun haben wir von der Rationalisierung in erheblichem Umfange die Senkung der Produktionskosten und die Freisetzung der Arbeiter erlebt, aber die Auswirkung auf die Preise und damit auf die Erweiterung des Absatzes und das Wiederaufnehmen der Arbeitskräfte ist fast überall unterblieben. Große Teile des Unternehmertums in der Industrie und im Handel haben auf Grund natürlicher oder organisatorischer Monopolstellungen es verstanden, die

Senkung der Selbstkosten zunächst nur zugunsten einer Erhöhung der Kapitalrente

wirken zu lassen, während sie den Weg, der von der Rationalisierung zur Hebung des Massenwohlstandes führt, und dessen entscheidende Etappe die Preis senkung ist, verbarst haben. Es wäre richtig, diesen unerfreulichen bisherigen Verlauf der Rationalisierungsaktionen lediglich auf bösen Willen des Unternehmertums zurückzuführen. Gewiß gibt es sehr viele deutsche Unternehmer, die noch immer daran glauben, daß das Prinzip „kleiner Umlauf, großer Nutzen“ dem Prinzip „großer Umlauf, kleiner Nutzen“ vorzuziehen sei. Diese Unternehmer erkennen nur ihren Augenblicksvorteil, aber sie verkennen ihr eigenes Dauerinteresse vom kapitalistischen Standpunkt aus selbst betrachtet. Diese Torheit besteht. Aber als Massenerscheinung ist sie doch nur in der Gegenwart zu erklären aus dem besonders starken Bedürfnis der deutschen Unternehmungen, ihre Umstellung, ihren Ausbau oder ihre Rationalisierung durch Kredite, durch fremdes Kapital zu finanzieren. Das geliehene Kapital verlangt sofortige Rentabilitätsgarantien und fragt nicht danach, ob die Steigerung der Kapitalrente im Einklang oder im Widerspruch zur Bewegung des Massenwohlstandes steht. Das liegt in der Natur der kapitalistischen Wirtschaft, und gerade deshalb muß man sich darüber klar sein, daß eine Wirtschaftspolitik, die auf Beilegung der Arbeitslosigkeit und auf Hebung des Massenwohlstandes ausgerichtet ist, auch zu Mitteln greifen muß, die im Gegensatz zu dem freien Spiel der Kräfte der kapitalistischen Wirtschaft stehen.

Es ergeben sich aus dieser Untersuchung über das Mißverhältnis zwischen Börsenkonjunktur und Bewegung des Massenwohlstandes vor allen Dingen zwei Forderungen: Erstens muß der Prozeß der Auflösung der Arbeitskräfte durch die Wirtschaft, der normal nicht funktioniert, künstlich gefördert werden; das ist der wirtschaftliche Sinn der schnellen Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms. Zweitens muß ein Kampf geführt werden gegen den Schug der Monopolstellungen, die es bestimmten Unternehmergruppen ermöglichen, der Preis senkung als Konsequenz der Rationalisierung auszuweichen. Dieser Kampf spielt sich auf dem Gebiete der Zollpolitik und der Kartellpolitik ab. Fritz Raphael.

Der Fortgang der belgischen Sanierungsaktion.

Eine Anleihe in der Schweiz.

Die zwischen der belgischen und schweizerischen Staatsbank sowie zwischen der schweizerischen Bankgruppe unter Führung des Schweizerischen Bankvereins geführten Verhandlungen haben ein günstiges Resultat gebracht. Die schweizerischen Banken gewähren Belgien eine Anleihe in Höhe von 500 Mill. Franken bei 5-prozentiger Verzinsung. Innerhalb von 25 Jahren soll die Rückzahlung vor sich gehen.

In der weiteren Durchführung dieser Sanierungsaktion übernehmen die schweizerischen Banken einen Betrag von 200 Mill. belgischer Franken Vorzugsaktien der belgischen Staatsbahn zu Paris. Die Vorzugsaktien sind ab 1. September 1926 mit 6 Proz. verzinslich und erhalten eine Zahlungsdividende, die in unterrichteten Revüen auf 2 Proz. gekürzt wird. Die Tilgung kann auch durch Rückkauf an der Börse erfolgen. Für die Verzinsung haften der belgische Staat.

Das gesamte belgische Staatseisenbahnnetz ist bekanntlich auf 75 Jahre einer autonomen Gesellschaft übergeben worden. Das Aktienkapital beträgt 11 Milliarden belgische Franken, davon 10 Milliarden voll eingezahlte Namensstammaktien. Die Vorzugsaktien sind der staatlichen Amortisationskasse mit der Maßgabe übergeben worden, sie zur Deckung der Staatsschulden zu benutzen.

Ein optischer Truht.

Die Verzerrungstendenz erfaßt in steigendem Maße auch solche Betriebe hochwertiger industrieller Verarbeitung, die früher auf Produktions-eigenart, auf die individuelle Behandlung des Materials, auf ihre Spezialprodukte und Patente besonders stolz waren. So sind jetzt die Verhandlungen über einen Truht in der optischen Industrie zum Abschluß gelangt. An Kapitalkraft bleiben diese Art Truhts natürlich weit hinter den Großkonzernbetrieben der Massenproduktion im Bergbau, Schwerindustrie und Metallindustrie weit zurück. Um so größer aber ist ihre Bedeutung nach der Richtung, daß die Konkurrenz vielartiger Spezialprodukte beilegt wird und an ihre Stelle ein einheitliches Arbeitsprogramm der zusammengeschlossenen Betriebe mit allen Auswirkungen auf Produktionskosten und Arbeitsorganisation tritt. Die Gründung des neuen optischen Truhts scheint mit durch den Umstand erzwungen zu sein, daß die zum Großtrüht gehörige Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation (Agfa) neuerdings zur Herstellung photographischer Apparate übergegangen ist und mit ihrer Konkurrenz die kleinsten Firmen zu erdrücken droht.

Die Ernemann-Werte in Dresden, die Contessa Rettel A. G. in Stuttgart, die Optische Anstalt C. P. Goerz in Berlin und die Ica in Dresden, die bisher in Interessengemeinschaft miteinander standen, sollen verschmolzen werden. Goerz wird die anderen Firmen in sich aufnehmen. Dieses neue größere Goerz-Unternehmen ist aber nicht voll selbständig, da die Mehrheit der Aktienkapitals von der neuen Gesellschaft in die Hände der bekannten optischen Firma Zeiss in Jena kommen wird. Die Interessengemeinschaft mit dieser Firma bleibt bestehen. Goerz wird bei dieser Gelegenheit liquidiert. Das Aktienkapital der Gesellschaft wird nämlich durch Zusammenlegung im Verhältnis 8:3 von 8,4 Millionen Mark auf 3,15 Millionen Mark herabgesetzt und dann um den Betrag von 2,45 Millionen Mark auf 12,6 Millionen Mark erhöht werden. Von den neuen Aktien sollen 2,4 Millionen Mark zum Umtausch der Contessa-Rettel-Aktien, 2,65 Millionen zum Umtausch der Ernemann-Aktien, 4,2 Millionen zum Umtausch der Ica-Aktien dienen.

Das Aktienkapital der vier bisher selbstständigen Firmen beträgt zurzeit 20,1 Millionen Mark. Es wird, wie erwähnt, auf 12,6 Millionen Mark reduziert.

Erreicht wird mit diesem Zusammenschluß, daß die Firmen, die bisher neben und vielfach gegen einander die verschiedensten optischen und anderen Teile der photographischen Fabrikation herstellten, jetzt eine Fabrikationseinheit werden. Das er-

möglichst einmal eine Verbilligung der Herstellungskosten. Dann aber ist die neue Gesellschaft in der Lage, die Qualität der Erzeugung und der Erzeugnisse zu verbessern. Das ist der Sinn und der Zweck der horizontalen Konzentration, die erst dann sich für die Arbeiterschaft nützlich auswirken wird, wenn es gelingt, den Abtatsradius der vereinigten optischen Werke wesentlich zu erweitern.

Die Bautätigkeit in der ersten Augushälfte.

Die Bautätigkeit in der ersten Augushälfte hat sich laut „Konj.-Anz.“ besonders in Nord-, Ost- und Süddeutschland gehoben, während Mittel- und Westdeutschland eine unverändert unbefriedigende Lage berichten und Oberösterreich als einziges Gebiet direkte Verschlechterungen aufweist. Insbesondere hat sich die kommunale Bautätigkeit härter belebt; neben Berlin, München, Frankfurt und Stuttgart gehen auch eine Reihe anderer westdeutscher Städte mit großen Bauvorhaben vor. So hat Düsseldorf z. B. sein 17-Millionen-Bauprogramm herausgegeben, und es ist zu hoffen, daß ein wesentlicher Teil davon noch im laufenden Monat in Angriff genommen wird. Wenn sich über das sehr große Frankfurter Bauprogramm von 27 Millionen noch Meinungsverschiedenheiten halten, so liegt das im wesentlichen daran, daß man die Baumethode nach amerikanischem Muster doch nicht so ohne weiteres auf deutsche Verhältnisse übertragen kann. Während sich die industrielle Bautätigkeit in den erwähnten Gebieten etwas belebt, liegen die landwirtschaftlichen Baumöglichkeiten völlig ungenutzt. Landwirtschaft und Bauindustrie beschäftigen, an die Länder heranzugehen, um Kredite für Silo-Bauten, die für die diesjährige rasche Futterernte besonders wichtig sind, zu erhalten.

Besserung der Geschäftslage für Glühbirnen. Nach den Mitteilungen in der Generalversammlung der Diamco A. G. für Glühbirnen ist das Geschäft in Glühbirnen durch den internationalen Zusammenschluß erheblich besser geworden. Es war möglich, angemessene Preise zu erzielen. Die Auergruppe (Deutsche Gasglühbirnen Auer G. m. b. H.) hat kürzlich von der J. Buxte u. Co. A. G. für Metallindustrie das Aktienkapital der Buxte-Gasglühbirnen A. G. gekauft und damit eine der wenigen deutschen Firmen, die noch außerhalb der Glühlampenkonvention standen, wieder eingeführt.

Fusionierung mit den Vereinigten Stahlwerken. Die Generalversammlung der zum Stumm-Konzern gehörenden Montan-Gesellschaft des Eisenwerks Kraft, der Eisenindustrie zu Rende und Schwerte A. G. und der Westfälischen Eisen- und Drahtwerke A. G., Werke bei Langendreer, genehmigten den Anschluß ihrer Gesellschaften an die Vereinigten Stahlwerke A. G. Die Vereinigten Stahlwerke nahen die Betriebe der Unternehmungen und übernehmen die vorhandenen Waren vollständig. Sie zahlen einen Pachtzins, der mindestens einer 3-prozentigen Dividende gleichkommt. Wenn die Vereinigten Stahlwerke eine höhere Dividende als 5 Proz. ausschütten, dann bekommen die verpachteten Werke eine zusätzliche Vergütung in Höhe der halben Mehrdividende auf ihr Aktienkapital. Der Pachtvertrag läuft vom 1. Juli 1926 bis 30. September 1956. Das Kapital der Eisenwerke Kraft, das bisher 18 750 000 Mark betrug, wird auf 7 812 500 Reichsmark herabgesetzt. Das Kapital von Renden und Schwerte von 4 530 000 auf 3 170 000 Mark. Das Kapital der Westfälischen Eisen- und Drahtwerke von 10,5 Millionen auf 5,25 Millionen Mark. Der größte Teil der Werke des Konzerns wird stillgelegt.

Die Kohlenverflüssigungsanlagen der J. G. Farbenindustrie. Im Zusammenhang mit der Schaffung neuer Fabrikanlagen zur Durchführung des sogenannten Kohlenverflüssigungsverfahrens durch die J. G. Farbenindustrie war die Nachricht durch die Presse gegangen, daß die neuen Anlagen wahrscheinlich nach Raichterstedt bei Scherfede verlegt werden würden. Der Raichterstedter Gemeinderat hat sich bereits mit dieser Frage beschäftigt. Wie der WTB-Handelsdienst nunmehr aus zuverlässiger Quelle erfährt, wird kein zweites Leunawerk in Raichterstedt errichtet werden. Zur Durchführung des Kohlenverflüssigungsverfahrens werden vielmehr die Leunawerke bei Merseburg vergrößert.

Die richtigen Konsequenzen. Die Thermos A. G. die sah, daß sie mit ihren teuren Fabrikaten keinen großen Umsatz erzielen konnte, hat sich der Wirtschaftslage entsprechend, auf billige Typen umgestellt. Sie hat auch ihren Aufsichtsrat verkleinert und die Bezüge dieses Aufsichtsrats herabgesetzt. Der Aufsichtsrat ist für die kleine Gesellschaft immer noch groß genug, denn er besteht aus sechs Mitgliedern und der Vorstand aus drei Mitgliedern.

Frankreichs Schleuderverkäufe auf dem internationalen Kunstfeldmarkt. Auf dem Weltmarkt für Kunststoffe macht sich immer stärker die Konkurrenz der französischen Fabrikate geltend, die sich auf den niedrigen Frankfurter Markt stützt. Wie stark Frankreich Kunststoffe exportiert, ist daraus zu ersehen, daß in den ersten 5 Monaten dieses Jahres die französische Ausfuhr um 235 Proz. größer war als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Nach dem Bericht des amerikanischen Handelsdepartements hat Frankreich besonders stark nach Amerika exportiert. Die französischen Produkte wurden im Durchschnitt mit 70,9 Dollarcenten angeboten, während z. B. tschechische Ware mit 106 Dollarcenten verkauft wurde.

Baumwollspeculationen. Wie immer kurz vor der Ernte, werden die Preise für den wichtigsten Rohstoff der Textilindustrie auch jetzt wieder von umfangreichen Spekulationen hin- und hergetrieben. Nach einem Telegramm der „Textil-Woche“ aus Washington veröffentlichte das Ackerbaurat eine neue Baumwollernschätzung, die am Stichtag (1. August) einen Durchschnittsstand von 69,8 Proz. gegen 70,7 Proz. am 16. Juli und 65,6 Proz. bzw. 70,4 Proz. an den gleichen Stichtagen des Vorjahres erbrachte. Unter Zugrundelegung dieses Durchschnittsstandes wird der voraussichtliche Ernteertrag mit 15 621 000 Ballen angegeben, verglichen mit 15 560 000 Ballen der Schätzung am 23. Juli und 15 560 000 Ballen am 1. August des Vorjahres. Der Markt hatte bis Mitte voriger Woche mit einer umfangreichen Verschlechterung des Schätzungsergebnisses auf Grund ungünstiger Bitterungsnachrichten gerechnet und dementsprechend die Preise gekürzt. Seitdem macht sich aber ein Stimmungsumschwung bemerkbar und nach Veröffentlichung der offiziellen Zahlen kam es in New York sofort zu einem erheblichen Rückgang der Preise. Normalerweise ist um diese Jahreszeit mit einem Rückgang des geschätzten Ernteergebnisses, nicht aber mit einer Steigerung zu rechnen.

Rationalisierung der Wolllindustrie in den Vereinigten Staaten. Nachdem die amerikanische Baumwollindustrie zwecks Verbesserung ihrer Produktionsmethoden, zwecks Stabilisierung ihrer Marktpreise ein eigenes Institut gegründet hat, das bereits seine ersten Arbeiten begonnen hat, hat nunmehr auch die amerikanische Wolllindustrie in gleicher Weise Maßnahmen zur Rationalisierung ihrer Erzeugung getroffen. Die fünfjährig währenden amerikanischen Wolllverbände haben nunmehr laut „Konfessionär“ einen Wool Council of America geschaffen, also einen sogenannten „Wolllrat“, der ausschließlich dem Zwecke einer gemeinsamen Verbesserung der Industrielage dienen soll.

Die Krise der scheidungslose Wirtschaft und Industrie ver-schärft sich von Tag zu Tag. Die Betriebsstilllegungen und die damit verbundenen Massenarbeitslosigkeit und Kurzarbeit lassen einen aradezu katastrophalen Winter befürchten. Die Regierung hat bisher nicht das mindeste vorgelesen und läßt sogar verlauten, daß das Parlament, das dringende Aufgaben zu erledigen hätte, erst Mitte Oktober einberufen werden soll. Angesichts der ungleichen wirtschaftlichen Not der Arbeiter und auch mit Rücksicht auf die letzten politischen Vorgänge fordern sowohl die deutschen als auch die tschechischen Sozialdemokraten dringend die sofortige Einberufung des Abgeordnetenhauses.

Die Magd.

Skizze von Grete Walle.

Durch viele Häuser und Wohnungen ist sie gegangen, in allen fremden und wechselnden Räumen immer die gleiche. Weiße Türen waren um sie und dunkle, hohe Wände und niedrige, der bürgerliche beschränkte Wohlstand des Gewerbetreibenden und der Luxus des Kriegsgewinners — sie aber blieb dieselbe, eine stille, magere Gestalt, glattes Haar straff zurückgestrichen aus dem ehrlichen Gesicht, im Baschleid und Schürze, immer und immer die Magd.

Wieviele Jahre hat die Magd schon gedient? Ach, sie weiß es nicht mehr! Jahr hat sie gelegt auf Jahr. Ihr scheint es, alle die aufeinandergelegten Jahre müssen schon hoch sein wie ein Turm. War sie einmal jung gewesen, die Magd? Ein Kind, das über die Straßenteine hüpfte oder, ein Mädchen im Arm, auf besonnter Hauschwelle saß und das Mädchen trauerte, wenn die Sonne so heiß darauf schien, daß es lachte?

War sie einmal eine Jungfrau, die am Gartenzaun stand, wenn der Holunder so betäubend duftete und den Liebenden nachsah, die an ihr vorüberstritten, Arm in Arm, Schulter an Schulter, den fernem Strahlen zu, auf die die Nacht sich senkte? Hatte sie sich einst in ihrer Kammer im Spiegel beschaut und gesehen, daß auch ihr Leib zart und blühend leuchtete im Mondlicht? Hatte sie einmal noch Küssen verlangt und zärtliches Wort? Hatte sie auch einmal gehofft, ein Kind zu haben, das so weich anzufühlen war wie Sammet und krähte und strampelte, wenn man es mit beiden Händen emporhob über sich?

Sie weiß das eine nicht mehr und nicht das andere. Sie weiß nur, daß sie gedient hat, vorgeföhrt und gestern und dienen wird, morgen und übermorgen, bis der Senfmann für sie die Senf schleift. Daß sie Tausende von Stiefeln gewischt hat, daß Staub aus Teppichen um sie gewirbelt und Abwaschwasser ihre Hände rot und heiß gemacht, daß sie Gästen, die kamen, die Mäntel von den Schultern genommen und den Tafelnden die Schüsseln gereicht, daß sie Wein eingeschenkt für die anderen, Bienen geholt für die anderen und die Treppen gereinigt, über die sie geschritten.

Im kühnsten Traum nicht war es ihr in den Sinn gekommen, daß sie je einmal etwas anderes sein könnte als eine Magd. Daß sich das Schicksal plötzlich ihr ganzes Leben um und verkehrte seinen Sinn. Sie ward Herrin, Besitzerin eines großen Hauses, Erbin eines erheblichen Vermögens. Sie hatte bei einem betagten Witwer gedient, der in seinem sechzigsten Jahre eine leidenschaftliche Liebe zu einer jungen Schauspielerin gefaßt hatte und sie heiraten wollte. Seine Verwandten, die sich bereits seit Jahren als seine Erben betrachteten, hintertrieben diese Heirat auf jede Weise. Ob sie das Mädchen mit viel Geld bestochen, ob die Künstlerin Angst vor der gefährlichen Verwandtschaft und eine Abneigung gegen den alltäglichen Bewerber bekommen, hätte sie sich nie auf. Die junge Lily Damerou aber verschwand aus der Stadt und alle Nachforschungen nach ihr blieben ergebnislos. Der trostlose Bräutigam erlitt einen Schlaganfall, nach einigen Wochen einen zweiten, an dem er starb. Aber der Tod hatte ihm in der Zwischenzeit doch noch soviel Kraft gegönnt, einen Trumpf auszuspielen. Aus Rache vermählte er sein ganzes Vermögen seiner stillen Magd, die ihn sorgsam gepflegt.

Die ging umher in dem großen Haus, in dem sie nun Herrin war und begriff nicht die Wahrheit. Reffen und Richten stellten sich bei ihr ein, die sich nie um sie gekümmert. Die brachten ihr schließlich bei, daß Haus und Garten, Möbel und Gerät wirklich ihr gehörte und daß ihr ein Bankguthaben zur Verfügung stünde, das ihr jede Summe gewährte, die sie forderte. Man überredete sie, sich prunkvoll zu kleiden, zu reisen, Theater zu besuchen. Sie ließ sich mischleifen, hierhin und dorthin, sah mit leeren Augen da, die roten Arbeitshände eingewängt in Handschuhe von feinem Leder, auf dem spärlichen Haar einen Hut mit wippender Feder.

Dieses Leben lebte sie einige Monate, bis aus Sommer ein kalter Herbst geworden. Die Kolen in dem großen Garten, der jetzt ihr gehörte, entblätterten so rasch, daß alle Rosenstöcke plötzlich wie zerupft erschienen. Auf den Beeten häuften sich die gelben Thonwälder, der wilde Wein am Haus wurde rot und braun. Nachts kaulte der Sturm um die Fenster wie ein Wolf.

Da trat an der Magd, die Herrin geworden war, ein so seltsames Wesen zutage, daß die Verwandten es für nötig hielten, einen berühmten Arzt zu Rate zu ziehen. Die reiche Erbin nämlich begann, ihre eigene Dienerschaft zu bedienen, hinter ihnen herzuwäumen, die Schüsseln, aus denen sie geessen, abzuwaschen und ihre Schuhe zu putzen. Der Arzt schüttelte den Kopf und nannte einen lateinischen Namen, den niemand verstand. Die Leute aber lagten gerade heraus: „Die Erbschaft hat sie verrückt gemacht!“ Die Wahrheit aber war, daß die arme Seele, die ein Leben lang gewohnt gewesen zu dienen, zu stauben, zu putzen, zu räumen, gar nicht mehr anders kannte als dienen, stauben, putzen, räumen. Einem zerriebenen Adoolaten gelang es nach Jahren auf Antrag der Verwandten, die Halbhirn zu entmündigen. Reffen und Richten zogen ein in das Haus und führten ein lustiges Leben in behaglichem und gesichertem Wohlstand. Sie aber blieb darin Magd, wie sie es gewesen. Staub aus Teppichen und Polstermöbeln umwehte sie, ihre Hände liefen rot an vom heißen Abwaschwasser und wieder öffnete sie die Türen für die Gäste, die kamen, und reinigte nach ihnen die Treppen, über die sie geschritten.

Tänze auf Bali.

Die Insel Bali, eine der kleinen Sunda-Inseln, ist inmitten der fortschreitenden Zivilisierung ein Paradies, auf dem sich ursprüngliches Menschentum in seiner Schönheit und Unschuld noch ziemlich unberührt erhalten hat. Eine große Literatur hat sich in letzter Zeit mit dieser Insel beschäftigt, und es gibt in Amsterdam ein Bali-Institut, das alles Wissen über die primitiven, jetzt allmählich verschwindenden Zustände aufbewahrt. Bei uns haben Balis Herrlichkeit einen begeisterten Schilderer in dem Arzt Gregor Krause gefunden, dessen bei Georg Müller in München verlegtes Bali-Buch loben in neuer Auflage erscheint. Die harmonische Schönheit der Menschen von Bali, die sich in ihren Körpern wie in ihrem Gang und ihrer Kleidung darstellt, offenbart sich am wunderbarsten in ihren Tänzen, die bei den Tempelfesten eine große Rolle spielen.

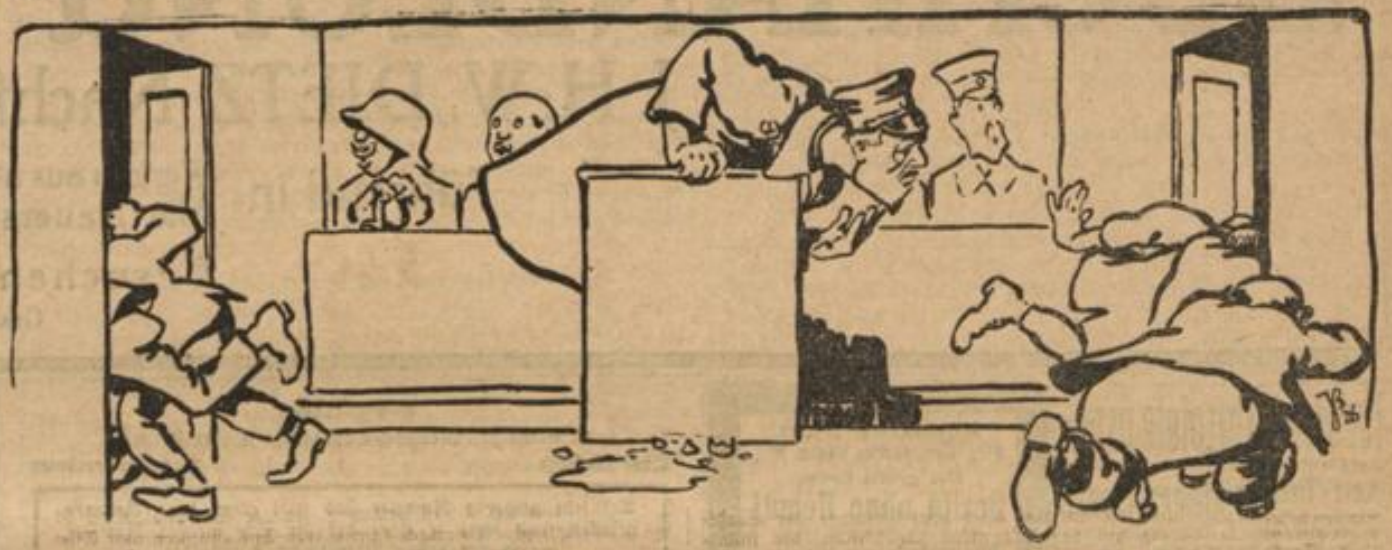
Wie die Bewohner den Göttern das Beste darbringen, was die Erde an Früchten und Blumen hervorbringt, so weihen sie auch die edelste Jugend und Blüte des menschlichen Körpers den überirdischen Mächten im Tanz. Die Nacht bricht herein. Geräuschlos füllen sich die Tempelhöfe mit den festlich gekleideten Menschen. Die Musikinstrumente locken voller und leidenschaftlicher. Plötzlich bei einem mächtigen Akkord steht in der schmalen Eingangsöffnung in harter Unbeweglichkeit der Tänzer, ein junger Fürstentum. Edelmann klammert auf und werfen ein magisches Licht auf die große goldene Blumenkrone, die er auf dem Kopfe trägt, auf die vorn und hinten lang herabwallenden seidnen Tücher, die goldenen, mit Funken

Ein politisches Debut.

(Echhardt hat die Absicht, die Putschverbände zu einer parlamentarischen Partei zusammenschließen.)



„Garantiert herrlichen Zeiten werde ich euch entgegenführen! Das beschwöre ich mit den heiligsten Eid ... nanu ...!“



Chor der Flüchtenden: „Am Gottes willen, Echhardt schwört ...!“

Steinen befehlen Zierraten an Hals, Schulter, Armen und Knöcheln und auf den kostbaren Kris hinten im Gürtel. In beiden Händen trägt er eine goldene Schale, mit stark riechenden Blumen gefüllt. Seine Augen glühen in ekstatischer Verzückung. Seltsame Harmonien klingen auf. Mit ihnen beginnen sich langsam Finger und Zehen des Tänzers zu bewegen. Die Bewegung pflanzt sich fort längs des ganzen Körpers. Plötzlich bei einem neuen Akkord ist seine Haltung eine andere. Leidenschaftlicher werden die Töne, kürzer die Zwischenräume zwischen den wechselnden Haltungen, für unser Auge fast nicht mehr zu fassen. Nach vielleicht einer Stunde sind plötzlich, wie es scheint, Tänzer und Fackellicht verschwunden ...

Ein eigenartiger Wehrauch erfüllt die Nacht. Kleine Deslämpchen werden angezündet. Auf einem niedrigen Tisch stehen die Gefäße, aus denen der Rauch aufsteigt. Darüber gebeugt sieht man hinter dem Tisch vier Mädchen knien, kaum 8 Jahre alt, in phantastisch reicher Kleidung, mit geschlossenen Augen. Die Köpfe der Mädchen beginnen langsam und mit geschlossenen Augen zu beschreiben, mit dem Takt der Musik schneller werdend. Der Oberkörper fängt an, an dieser Bewegung teilzunehmen. Sie richten sich auf, und man sieht die vier jungen Körper, straff von dem langen seidnen Kleid umschlossen, voll des seltsamsten rhythmischen Lebens. Ihre Augen bleiben zu, ihre Schritte tanzen und harmonisieren. Sie singen leise. Der Wehrauch beginnt den ganzen Raum zu erfüllen, und auf scheinbar stets großer werdendem Abstand für die Augen der Zuschauer werden die Bewegungen lebhafter, leidenschaftlicher. Nach Stunden sieht man sie plötzlich wieder hinter dem Wehrauch trüblich niedergebald. Eine von ihnen ist übermüdet in Krämpfen niedergebalden; einige Tropfen Medizin helfen schnell.

Am Nachmittag des zweiten Festtages findet eine seltsame Prozession statt; voraus schreitet ein farbenprächtig gekleideter Riese, in der Mitte ein Schamantentänzer, der in der rechten Hand ein langes und breites Schwert trägt. Seine Muskeln fangen zu zucken an, er springt auf und tanzt, während alle in einem Kreis um ihn niederhocken. Das haarsharte Schwert wirbelt um seinen Kopf und Körper, kaum einige Millimeter von der Haut entfernt, mit einer lebendigen Kraft, die stets droht, in einem Augenblicke dem Leben des Tänzers ein Ende zu machen. Jedoch niemand denkt an diese Möglichkeit. Wer so von dem Geist erfüllt ist, den kann kein Unglück treffen, noch kann er Unglück bringen.

Eine große Rolle spielt der Tanz auch bei den Schauspielen der Balier. An den Fürstentümern sieht man darauf, gute Tänzerinnen unter den Palastdamen zu haben; in den Dörfern gibt es Tanzvereinigungen, und die einzigen Schulen, die die baltische Kultur kennt, sind Tanzschulen. „Es ist für europäische Augen,“ sagt Krause, „das feine Spiel der Muskeln des ganzen Körpers beim baltischen Tanze vollständig zu erfassen, die Harmonie und Schönheit im Rhythmus genügend zu bewundern. Es ist der göttliche Rhythmus der Seele dieser Menschen, die durch das Mittel des Körpers jene Träume plastisch verwirklicht, die die Liebe einer gewaltigen und milden Natur unbewußt erblühen läßt.“

Gemeinschaftsgefühl bei Tieren.

Von Erna Büsing.

Infolge der ganzen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung wird gerade in heutiger Zeit das Gemeinschaftsgefühl sehr oft erörtert. Ebensovienig wie an unsere Zeit ist es an die Menschheit als solche gebunden, sondern es kommt als Schutz- und Trutzbündnis, sowie in der Form eines gefälligen Zusammenlebens auch bei Tieren vor.

Damit ist natürlich nicht gesagt, daß alle in Herden lebenden Tiere gegen einen gemeinsamen Feind geschlossen vorgehen, im

Gegenteil treibt der Mensch, mit einem Gewehr bewaffnet, fast regelmäßig die Herde in die Flucht, wenn er sich ein Tier zum Opfer auswählt. Das ist sogar bei den wilden Elefanten der Fall, obwohl doch sie, dank ihrer Kraft, leicht einem Menschen den Garau machen könnten. Es ist fast immer, selbst bei den gefährlichsten Tieren, dasselbe Bild, das einzelne, verwundete Tier wird fürchtbar und nimmt den Menschen an, die Herde treibt das Erschrecken in die Weite. Bei den ausgesprochenen Hehrautieren, den Wölfen, kann freilich die Meute jedem Angegriffenen zur schweren Gefahr werden. Hingzu kommt, so berichtet wenigstens A. C. Brehm, daß der Wolf auf keinen Jagd- und Wänderzügen sechs bis zehn Meilen in einer einzigen Nacht zurücklegt. Eine derartige Beweglichkeit erfordert selbstverständlich einen bedeutenden Nahrungsverbrauch. Gerät aber der einzelne Wolf in seiner Fress- und Nardlust an Pferde- und Schweineherden, so wird er von diesen abgeschlagen. Herdenweife schreiten auch die Meerlöhner zur Verteidigung gegen einen tierischen Feind. Diese, bei den Menschen sehr beliebten Affen, leben in der Freiheit in Herden, die unter der Führung eines Männchens stehen. Da die Meerlöhner reine Baumtiere sind, droht ihnen eigentlich nur von größeren Raubvögeln Gefahr. Die Meerlöhnerherde arbeitet jedoch zusammen, wenn es gilt, den Raubvogel zu vertreiben.

In Afrika, wo zu gewissen Zeiten noch reine Vogelparadiese bestehen, flüchten kleinere Vögel, sobald ihnen irgend etwas nicht geheuer vorkommt, in den sie schützenden Wald von Krauchbeinen. Die Kraniche stehen nämlich gelassen am Ufer und bieten infolge ihrer Größe den kleineren Vögeln einen Unterschlupf. In Deutschland können wir es erleben, daß der Winter oder vielmehr der Hunger, die Meisen gefällig macht. Die verschiedensten Arten finden sich dann zusammen und gehen gemeinschaftlich auf Nahrungssuche aus.

Bekannt ist der erschreckend große Schaden, den ein mit Kindern geeignetes Löwenhepar antistift, wenn die Jungen das Jagen lernen. Ueberhaupt kommen Rudel jagender Löwen vor, die ihre bestimmten Jagdlöcher haben, denn sie teilen sich und treiben einander das Bild zu. Doch gegen angreifende Menschen operieren sie offenbar nie gemeinsam. Das erfährt man aus vielen Jagdberichten. Zur Liebzeit sind Löwen gegeneinander sehr unleidlich. Gustav Jäger behauptet, wiederholt hätten die männlichen Löwen von der Natur die Röhre als „Paukhemd“ bekommen, das die Kehle mit den Schlagadern vor Bissen schützt.

Zu einem Schutzbündnis finden sich bekannterweise Strauße, Zebus und Antilopenherden zusammen. Der Strauß hat, wie das Vogelart ist, keinen irgendwie ausgebildeten Geruchssinn. Doch haben Zebus und Antilopen eine feine Witterung. Der Strauß hingegen hat ein scharfes Auge, dem nichts entgeht. So leisten die Tiere einander gute Dienste.

Eine gemeinsame Arbeit, um ein Ganzes zu schaffen (vom Ameisen- und Bienenstaat sei hier nicht berichtet), sehen wir selbst bei kleinen Tieren. So spinnen die Raupen des Schmetterlings Goldfalter, der ein Schädling unserer Obstgärten ist, gemeinsam ein Nest, in dem sie überwintern. Die Raupen des Ringelspinners haben die gleiche Gepflogenheit.

Die so vermehrungsfähigen Schellfische, die trotz der Fischdampferauszüge mit Grundschleppnetzen usw. die Nordsee noch immer dicht bevölkern, suden, nach D. Schmeil, in ihrer Jugend Schutz unter dem Schirm von Wurzelsqualen.

Das berühmteste Gemeinschaftsleben aber führen Einsiedlerkrebse und Schmarotzerkrebse. Er kriecht, wie das so feine Gemeinwesen ist, in ein Schneckenhaus, sie siedelt sich darauf an. Ihre Reflektkapsel schützt ihn vor Feinden, er trägt sie in neue Beleggebiete. Ferner bekommt sie, wenn er seine Nahrung zerkleinert, ihr Teilchen ab.

